

Einwohnerratssitzung 2010/2011
Protokoll Nr. 7

Sitzungsdatum **Donnerstag, 7. April 2011**
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Yvonne Rösli
Direktwahl 041 329 63 09 7. April 2011 ry

Anwesend

Präsident

Heiz Martin

Einwohnerrat

34 Mitglieder

Erni Roger (bis 19:00 Uhr)

Graber Kathrin (bis 16:00 Uhr)

Hahn Alex (bis 19:10 Uhr)

Lammer Thomas (bis 19:10 Uhr)

Maldonado Jennifer (bis 19:00 Uhr)

Marbacher Monika (bis 18:30 Uhr)

Wespi Peter (bis 19:00 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Rösli Yvonne

Sigrist Andrea

Entschuldigt

Piazza Daniel

Traktanden

- | | | | |
|------|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 296 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 5</u> vom 27. Januar 2011 | | Seite 297 |
| 3. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 297 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag</u> : Teilrevision Ortsplanung: Umzonung
Areal PanGas
<i>1. Lesung</i> | Nr. 219/11 | Seite 301 |
| 5. | <u>Planungsbericht</u> : Gesamtkonzept der Sport- und
Freizeitanlagen Kriens | Nr. 202/11 | Seite 304 |
| | <i>Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im
Planungsbericht integriert):</i> | | |
| 5.1. | <u>Bericht Postulat Graber</u> : Gesamtkonzept für die Sport-
und Freizeitanlagen Schwimmbad, Kleinfeld und
Mettlen | Nr. 130/09 | |
| 6. | <u>Planungsbericht</u> : Strategie der räumlichen Entwicklung | Nr. 217/11 | Seite 309 |
| 7. | <u>Bericht Postulat Urfer</u> : Mehr Sicherheit für die Über-
querung der Strasse bei der Johanneskirche | Nr. 122/09 | Seite 315 |
| 8. | <u>Interpellation Luthiger</u> : Unbefriedigende Situation für
qualifizierte Pflegefachleute
<i>Beantwortung</i> | Nr. 183/10 | Seite 316 |
| 9. | <u>Interpellation Graber</u> : Tests der Schweizerischen Post zur
Briefzustellung in Kriens
<i>Beantwortung / abtraktandiert</i> | Nr. 188/10 | Seite 319 |
| 10. | <u>Postulat Urfer</u> : Mitwirkung für eine Tangentiallinie
(Buslinie), über das Renggloch
<i>Begründung</i> | Nr. 198/10 | Seite 320 |
| 11. | <u>Postulat Urfer</u> : Einheitliche Handhabung der Ausweiskarte
für Reisende mit einer Behinderung
<i>Begründung</i> | Nr. 199/10 | Seite 322 |
| 12. | <u>Motion Piazza</u> : Audio-Einwohnerratsprotokoll
<i>Begründung / abtraktandiert</i> | Nr. 210/11 | Seite 322 |
| 13. | <u>Bericht Postulat Wili</u> : Verselbständigung von Gemeinde-
betrieben | Nr. 127/09 | Seite 322 |
| 14. | <u>Interpellation Wili</u> : Platzsituation in den Pflegeheimen
<i>Beantwortung</i> | Nr. 200/10 | Seite 325 |

15.	<u>Motion Günter</u> : Mitspracherecht des Einwohnerrates bei Planungskrediten <i>Begründung</i>	Nr. 214/11	Seite 326
16.	<u>Motion Günter</u> : Planungsbericht Entwicklung der Bildungskosten - kostenneutrale Umsetzung Integrierte Förderung <i>Begründung</i>	Nr. 215/11	Seite 330
17.	<u>Postulat Tanner</u> : Schulrauroptimierung Kriens Ost <i>Begründung / zurückgezogen</i>	Nr. 216/11	Seite 334
18.	<u>Motion Luthiger</u> : Abschaffung der neuen Patientenbeteiligung in der Spitex Kriens <i>Begründung</i>	Nr. 218/11	Seite 335
19.	<u>Petition</u> : Investitionsstopp und Einsparungen im Gemeindehaushalt <i>Begründung / abtraktandiert</i>	Nr. 220/11	Seite 339
20.	<u>Postulat Aakti</u> : OpenOffice an Krienser Schulen <i>Begründung</i>	Nr. 222/11	Seite 339
21.	<u>Postulat Koch</u> : Tempo-30-Zonen-Moratorium für die Gemeinde Kriens <i>Begründung</i>	Nr. 224/11	Seite 339
22.	<u>Postulat Lammer</u> : Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Strassen- und Verkehrsplanung <i>Begründung / abtraktandiert</i>	Nr. 226/11	Seite 343

Neueingänge

Nr. 127/09	<u>Bericht Postulat Wili</u> : Verselbständigung von Gemeindebetrieben
Nr. 221/11	<u>Interpellation Luthiger</u> : Zukunft Zentrumsrealisierung <i>Eingang: 24.02.2011</i>
Nr. 222/11	<u>Postulat Aakti</u> : OpenOffice an Krienser Schulen <i>Eingang: 25.02.2011</i>
Nr. 223/11	<u>Interpellation Wili</u> : Verpachtung Unterhus <i>Eingang: 25.02.2011</i>
Nr. 224/11	<u>Postulat Koch</u> : Tempo-30-Zonen-Moratorium für die Gemeinde Kriens <i>Eingang: 25.02.2011</i>

- Nr. 225/11 Interpellation Piazza: Braucht es in Kriens eine Anpassung des Gemeinderats-Pensionsreglements?
Eingang: 25.02.2011
- Nr. 226/11 Postulat Lammer: Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Strassen- und Verkehrsplanung
Eingang: 28.02.2011
- Nr. 227/11 Bericht: Sportleitbild der Gemeinde Kriens
- Nr. 228/11 Postulat Piazza: Geld sparen mit gemeinsamem Telefonie-Abonnement - Anschluss der Gemeinde Kriens an den Telefonie-Vertrag des Kantons Luzern
Eingang: 16.03.2011
- Nr. 229/11 Postulat Koch: Beschleunigung des Verkehrsflusses im Kupferhammer
Eingang: 16.03.2011
- Nr. 230/11 Bericht und Antrag: Rechnung 2010
- Nr. 231/11 Motion Camenisch: Sistierung des Projekts Schappe-Süd - zügigerer Ausbau der Sportanlagen Kleinfeld
Eingang: 23.03.2011
- Nr. 232/11 Motion Camenisch: Einschulung nur mit rechtsgültigem Aufenthaltsstatus
Eingang: 28.03.2011
- Nr. 233/11 Postulat Hahn: Verbesserung des Verkehrsflusses in den Stosszeiten im Dorfzentrum
Eingang: 01.04.2011
- Nr. 234/11 Bericht und Antrag: Baukredit Neubau Hergiswaldbrücke

Martin Heiz begrüsst alle zur heutigen Sitzung. Von der Presse ist Luca Wolf anwesend. Entschuldigt hat sich Daniel Piazza. Kathrin Graber und Monika Marbacher müssen die Sitzung früher verlassen. Die Pause wird von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr stattfinden. Die Sitzung wird pünktlich um 19:00 Uhr beendet, allfällige nicht behandelte Geschäfte werden abtraktandiert.

1. Mitteilungen

Traktandenliste:

Gemäss Martin Heiz wird das Traktandum¹⁹ abtraktandiert. Die Geschäftsleitung hat festgestellt, dass die Geschäftsordnung des Einwohnerrates(Art. 60 und Art. 61) nicht mit der Gemeindeordnung (Art. 20 und Art. 21) übereinstimmt. Da aber das höhere Recht, also die Gemeindeordnung gilt, wird der Gemeinderat innerhalb der Frist von 6 Monaten einen Bericht erstellen.

Zu den Traktanden 13 und 20 hat der Einwohnerrat die Unterlagen erst am letzten Freitag erhalten. Das ist viel zu spät, da alle Kommissions- und Fraktionssitzungen bereits stattgefunden haben, so dass es keine Möglichkeiten gab, diese Begründungen zu studieren.

Martin Heiz fragt den Einwohnerrat, ob dieser trotzdem bereit ist, diese beiden Traktanden heute zu behandeln? Der Einwohnerrat ist damit einverstanden.

Der Vorsitzende ermahnt den Gemeinderat, dass er das nächste Mal die Begründungen sicher vor den Fraktionssitzungen schreibt, das heisst eine Woche vor den Kommissionssitzungen.

Der Einwohnerrat ist mit der vorliegenden Traktandenliste einverstanden.

Seitens des Präsidiums

Auf dem Tisch liegt die Einladung für den Einwohnerratsausflug vom 18. Juni 2011. Die Anmeldefrist ist bis am 26. Mai 2011, das heisst bis zur nächsten Einwohnerratssitzung.

Weiter informiert der Sprecher, dass Jennifer Maldonado aus der SP ausgetreten ist und nun als Parteilose im Einwohnerrat sitzt. Sie gehört somit keiner Fraktion mehr an. Ihr Sitz in der SGK wird deshalb frei, gehört aber nach Konvenium der SP. An der Sitzung vom 26. Mai 2011 wird die entsprechende Ersatzwahl durchgeführt.

Martin Heiz bittet den Gemeinderat bei den Vorstössen, bei denen bereits eine sehr lange Begründung vorliegt (bis zu 3 Seiten), sich in seinen Voten kurz zu halten. Er geht davon aus, dass der Rat diese Begründungen gelesen hat.

Paul Winiker informiert, dass der Gemeinderat beabsichtigt, zusammen mit dem Einwohnerrat am 26. Mai 2011 oder allenfalls am 21. Mai 2011 eine Arbeitssitzung betreffend finanzielle Auslegeordnung abzuhalten. Die Perspektiven sehen schlecht aus und damit der Einwohnerrat nicht vor vollendete Tatsachen gestellt wird, sollen sich die Mitglieder an der politischen Diskussion bereits im Vorfeld beteiligen können.

Martin Heiz bittet die Mitglieder der Geschäftsleitung in der Pause kurz zusammenzukommen, um den Termin abzusprechen.

Helene Meyer-Jenni macht darauf aufmerksam, dass im Schlussbericht "Starke Stadtregion" auf Seite 23 unter dem Titel "Grundidee" zwei Mal der gleiche Text abgedruckt wurde. Diese Seite wird ersetzt und dem Einwohnerrat zugestellt.

Räto Camenisch hat bedenken, dass 36 Personen eine Arbeitsgruppe sein können. Dies ist technisch fast unmöglich. Wie stellt sich der Gemeinderat dies bei der Arbeitssitzung zur finanziellen Auslegeordnung vor?

Paul Winiker antwortet, dass an dieser Sitzung zuerst ein Informationsteil mit den Prognosen und den vorhandenen und neuen Leistungen stattfindet. Anschliessend sollen in kleinen Arbeitsgruppen die Handlungsalternativen diskutiert und Lösungen gesucht werden. Es geht darum, dass der Einwohnerrat Kenntnis von den Veränderungen und Rahmenbedingungen bekommt und der Gemeinderat im Anschluss die Handlungsalternativen prüft und das Budget entsprechend erstellen kann.

Johanna Dalla Bona ist der Meinung, dass diese Arbeitssitzung keinen Erfolg bringen wird. Beim letzten Mal hat es auch nichts gebracht. Es ist Aufgabe des Gemeinderates, das Budget zu erstellen und der Einwohnerrat soll an der Budgetsitzung darüber abstimmen.

Judith Luthiger findet es schwierig, eine so wichtige Frage zu klären. Trotzdem soll endlich diese Diskussion geführt werden. Der Gemeinderat hat versprochen, die finanzielle Auslegeordnung im erweiterten Kreis zu besprechen. Wann werden andere Gremien miteinbezogen?

Gemäss Martin Heiz soll die Arbeitssitzung von einem externen Moderator geführt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen weitere Gremien miteinbezogen werden.

Paul Winiker bestätigt dies. Im Frühling soll der Einwohnerrat eine Arbeitssitzung zur finanziellen Auslegeordnung abhalten und im Herbst 2011 ist geplant, eine breitere politische Diskussion zu führen.

2. *Protokoll Nr. 5 vom 27. Januar 2011*

Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Das Protokoll Nr. 5 wird somit genehmigt und verdankt.

3. *Fragestunde*

Alfons Graf will wissen, für wie lange heute Sitzungsgelder bezahlt wird.

Gemäss Helene Meyer-Jenni liegt dies in der Kompetenz des Einwohnerrates.

Martin Heiz fragt den Einwohnerrat an, ob ein Antrag gestellt wird, dass das Sitzungsgeld nicht bis 19:00 Uhr ausbezahlt werden soll. Dies ist nicht der Fall.

Monika Marbacher stellt fest, dass bei der Bushaltestelle Andritz Hydro AG der Velounterstand abgebaut wurde. Wieso und gibt es einen Ersatz dafür?

Matthias Senn weiss davon nichts, wird dies aber abklären.

Protokollergänzung: Die Firma Andritz Hydro AG hat beim Baudepartement am 23. Februar 2011 nachgefragt, ob sie den Velounterstand auf ihrem Grundstück an der Obernauerstrasse demontieren dürfen und weiter unten beim Fussweg hinter dem Hotel Central neu aufstellen dürfen, aber mit kleineren Ausmassen. Zusätzlich ist geplant, dass in diesem Bereich die Situierung der Parkplätze verbessert wird (keine zusätzlichen Parkplätze). In diesem Bereich wird zusätzlich das Areal der Firma Andritz Hydro AG eingezäunt. Das Baudepartement hat dieser Änderung zugestimmt und keine Baubewilligungspflicht festgestellt, da es sich um eine geringfügige Situationsänderung des Velounterstands sowie Verbesserung der Parkplatzsituation auf dem eigenen Areal handelt.

Johanna Dalla Bona möchte den aktuellen Stand im Fall Burri/Achermann betreffend Nutzungsflächen auf dem Autobahndach wissen.

Matthias Senn weiss, dass in diesem Gebiet eine Teilzonenplanänderung in Vorbereitung ist, welche demnächst zur Vorprüfung beim Kanton eingereicht wird.

Judith Luthiger bedankt sich im Namen von Nicole Nyfeler, dass die automatische Haupttüre zum Eingang Pilatussaal nun funktioniert.

Judith Luthiger hat in der Neuen Luzerner Zeitung vom 24. März 2011 gelesen, dass das Projekt Speranza nicht nur junge Leute, sondern auch ältere und ausgesteuerte Leute begleitet. Hat sich der Gemeinderat diesbezüglich etwas angedacht? Macht er davon gebrauch?

Gemäss Lothar Sidler ist diesbezüglich noch nichts angedacht. Man wird dies aber vorbereiten, aufarbeiten und sich eine Zusammenarbeit überlegen.

Bruno Bienz möchte den Stand der Planungszone Mattenhof wissen.

Matthias Senn weiss, dass der Stand immer noch der gleiche ist. Die Planungszone wird durch die Ortsplanungsrevision abgelöst werden. Im Rahmen dieser Ortsplanung wird dieses Gebiet entsprechend beurteilt.

Peter Portmann hat im Kriens Info ein langer Artikel über die Fusion gelesen. Er will wissen, woher die Präsidiabteilung diese Insider-Information hat.

Helene Meyer-Jenni versteht die Frage nicht. Der Artikel sagt nicht aus, wie der Gemeinderat den Schlussbericht beurteilt.

Peter Portmann erläutert, dass im Artikel Informationen enthalten sind, welche aus dem 150-seitigen Bericht stammen. Er findet dies ein Vorteil der Befürworter.

Helene Meyer-Jenni stellt klar, dass der Schlussbericht am 28. März 2011 veröffentlicht wurde und das Gemeindeheft Kriens Info am 30. März 2011. Der Artikel im Kriens Info ist identisch mit dem Inhalt aus dem Schlussbericht. Es wurde somit nichts verändert.

Ursula Müller will wissen, ob das Schürli oberhalb vom Schulhaus Roggern neu vermietet wird oder was diesbezüglich geht. Bis vor kurzem wurde das Land von Herrn Achermann bewirtschaftet. Zurzeit wird ein Zaun ersetzt.

Gemäss Cyrill Wiget findet ein ganz normaler Mieterwechsel statt. Das Schürli ist jedoch in einem schlechten Zustand. Entsprechende Abklärungen betreffend Renovation laufen.

Alexander Wili nimmt Bezug auf die Beantwortung der Interpellation Luthiger (Nr. 183/10) betreffend Wettbewerb Entlohnung von diplomiertem Pflegepersonal. Kann Lothar Sidler bei der Sozialvorsteherkonferenz nicht beantragen, dass dieser Wettbewerb abgeschafft wird und eine Angleichung der Löhne stattfinden kann.

Lothar Sidler wird dieses Anliegen entgegennehmen. Es wird jedoch schwierig, da Kriens das Lohnniveau der Stadt Luzern nicht erreicht und die Stadt sich am Lohnniveau der Stadt Zürich anpasst. Er wird dies aber an der Sozialvorsteherkonferenz eingeben und sich dafür einsetzen, dass der Wettbewerb wenigstens innerhalb der Regionsgemeinden aufhört.

Mario Urfer hat in der NLZ gelesen, dass ein Ehepaar aus Kriens seit 55 Jahren ihre schwer zerebral gelähmte Tochter 24 Std. am Tag pflegt. Hat man sich im Bericht "Versorgungskonzept Gesundheit und Alter" Gedanken gemacht, was Kriens anbieten kann, wenn die pflegenden Eltern selber zu Pflegefällen werden? Sind Platzierungsmöglichkeiten vorhanden, dass eine solche Familie nicht auseinander gerissen werden muss bzw. nicht in verschiedene Einrichtungen platziert wird, was teuer ist und menschliche emotionale Abstürze vermeiden kann?

Gemäss Lothar Sidler sind solche Szenarien angedacht. Für einen Teil will man ab Mitte 2011 ein Entlastungsangebot machen, sofern der Regierungsrat entsprechende Pflegeplätze bewilligt.

Jennifer Maldonado erwähnt, dass sich die Gemeinde Kriens stark für die Umweltfreundlichkeit einsetzt. Ihr ist aufgefallen, dass gewisse Teile vom Krienbach stark verschmutzt sind. Wer kümmert sich wann um dessen Unterhalt?

Cyrill Wiget antwortet, dass dies bei den Bächen vor allem Aufgabe des Werkdienstes ist. Ihm sind keine Stellen von Verschmutzung bekannt. Er bittet Jennifer Maldonado ihm per e-mail mitzuteilen, wo der Krienbach verschmutzt ist, damit man diese Stellen wieder säubern kann.

Räto Camenisch stellt fest, dass das Gelände bei der Treppe Zumhofhalde nicht schön aussieht und regt an, dieses neu anzumalen.

Matthias Senn nimmt dies zur Kenntnis.

Beatrice Kiener hat Kenntnis, dass Lehrpersonen, welche schon länger in ihrem Amt sind, Anrecht auf einen besoldeten Urlaub von ca. zwei Monaten haben. Sie möchte wissen, wer dies finanziert.

Gemäss Helene Meyer-Jenni ist dies im kantonalen Besoldungsreglement geregelt. Die entsprechende Bewilligung für besoldete Urlaube erteilt der Kanton. Kriens kontrolliert die entsprechende Lohnmeldung.

Martin Heini möchte wissen, wieso die Lichtsignalanlage unterhalb des Schulhauses Amlehn nicht eingeschaltet ist.

Matthias Senn antwortet, dass diese Anlage immer wieder defekt ist und eine Reparatur nicht möglich ist. Eine neue Anlage kostet ca. Fr. 100'000.00. Der Gemeinderat wird im Rahmen des zukünftigen Verkehrskonzepts Schachen- / Amlehnstrasse prüfen, ob diese Lichtsignalanlage ersetzt wird oder ob man darauf verzichtet.

Patrick Koch hat gemerkt, dass im Zusammenhang mit den bevorstehenden Kantonsratswahlen eine grosse Unsicherheit besteht. Was passiert, wenn die Liste 1a und 1b eingelegt werden? Welche gilt?

Guido Solari stellt klar, dass gemäss Stimmrechtsgesetz nur eine Liste eingelegt werden darf, ansonsten ist der Wahlzettel ungültig. Sofern zwei identische Listen eingelegt werden, ist eine Liste gültig.

Jennifer Maldonado möchte wissen, was für eine Sprache an der Einwohnerratssitzung gesprochen werden muss. Sie als eingebürgerte Schweizerin hat Mühe, die Mundartsprache zu verstehen und wäre froh, wenn die Sitzung zukünftig in Schriftsprache abgehalten werden können.

Helene Meyer-Jenni weiss nicht, ob diesbezüglich etwas geregelt ist und gibt die Frage an die Geschäftsleitung weiter.

Martin Heiz zitiert Art. 29 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates: "*Verhandlungssprache ist deutschschweizerische Mundart oder deutsche Schriftsprache*". Somit können die Mitglieder selber entscheiden, welche dieser zwei Sprachen sie sprechen möchten.

4. **Bericht und Antrag: Teilrevision Ortsplanung: Umzonung Areal PanGas 1. Lesung** **Nr. 219/11**

Martin Heiz begrüsst zu diesem Geschäft als Sachverständigen, Urs Muff, Sachbearbeiter Abteilung Planungen/Baugesuche.

Gemäss Viktor Bienz waren die BK-Mitglieder beim vorliegenden Bericht und Antrag für Eintreten. Für Gemeinderat Matthias Senn weist das Projekt eine gute Qualität auf. Das Verfahren hat bei einigen Parteien zu Diskussionen geführt; zuerst Bebauungsplan mit Einsprachen und nun eine Teilrevision. Man fragt sich, ob das nur wegen dem Bonussystem für die Ausnützung ist. Im Weiteren wurde nebst der Gebäudehöhe auch die Anordnung kritisch hinterfragt. Auf eine eventuelle Verschiebung der Baukörper verzichtete man vorerst. Grundsätzlich wird verdichtetes Bauen als positiv beurteilt.

Michael Günter erklärt, dass er sich angesichts der reich befrachteten Traktandenliste kurz halten will. Die SVP ist für Eintreten und steht auch der Zonenplanänderung positiv gegenüber. Es ist ein Kompromiss zwischen der Wahrung bestehender historischer Bausubstanz und den wirtschaftlichen Interessen der Initianten sowie dem Grundsatz eines verdichteten Bauens. Er erwähnt drei Punkte, wieso die SVP versteht, dass man diesem Projekt auch kritisch gegenübersteht.

1. *Gebäudehöhen:* Als im Einwohnerrat über den Bebauungsplan LUPK / Teiggi / Gemeindehaus diskutiert wurde, war die Mehrheit des Einwohnerrates der Meinung, sechs Vollgeschosse im Zentrum seien genug. In der Peripherie sollen nun acht Vollgeschosse möglich sein.
2. *Sonderzonen/Planbeständigkeit:* In der Gemeinde gibt es einen Grundzonenplan. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen von der Planbeständigkeit ausgehen. Sie dürfen davon ausgehen, dass in ihrer Nachbarschaft nichts wesentlich anderes gebaut werden kann, als in diesem Zonenplan vorgesehen. Abweichungen von der vorgesehenen Grundnutzung sind nur geringfügig möglich (Gestaltungsplan/Bebauungsplan). Weil das vorliegende Projekt mit dem Grundzonenplan überhaupt nicht kompatibel ist, wird nun eine spezielle Nutzungszone geschaffen.
3. *Ordentliche Revision BZR:* Diese neue Zonenschaffung bzw. Umzonung erfolgt in einem Zeitpunkt, in dem das gesamte Bau- und Zonenreglement überarbeitet wird.

Monika Marbacher stellt fest, dass mit der Änderung des BZR eine auf das Projekt PanGas zugeschnittene Wohn- und Arbeitszone geschaffen wird. Neu sollen, anstatt 3-geschossige Bauten bis 8-geschossige Gebäude erstellt werden können. Dies ermöglicht eine im eidg. Raumplanungsgesetz festgehaltene innere Verdichtung. Der Gemeinderat würdigt denn auch die hohe städtebauliche Qualität. Die CVP/JCVP-Fraktion hat sich bei der 1. Lesung des Bebauungsplans PanGas grundsätzlich positiv zur Mischung von Industrie und Wohnen bei gleichzeitigem Erhalt von schützenswerten Industrie-Bauten gekoppelt mit grösstmöglichem Erhalt der bestehenden Freiflächen geäußert. Die Fraktion wies gleichzeitig darauf hin, dass alle vom Kanton genannten Bereiche vom Gemeinderat überarbeitet werden müssen. U. a. erwähnte die Fraktion, die Ausnützungsziffer mit einem Zuschlag von 25 % sei ausgereizt und müsse eingehend begründet werden.

Die CVP/JCVP-Fraktion begrüsst grundsätzlich ein verdichtetes Bauen. Ein Teil der Fraktion äusserte allerdings Bedenken betreffend der Höhe der Häuser. Schliesslich hätte es genügend Platz zugunsten weniger Stockwerke, d. h. 5 oder 6. Die möglichen 8 Etagen wirken im Baugespann (wo noch viel Luft dazwischen ist) recht mächtig. Dichter bauen könnte man auch ohne derart in die Höhe zu bauen. Man sprach gar von einem Sonderfall Lex PanGas, der nicht mehr zu korrigieren sei. Da wird einem Unternehmen eine grösstmögliche Rendite für das eingesetzte Kapital auf Kosten eines einheitlichen Landschaftsbildes ermöglicht. Demgegenüber sprach die Mehrheit der Fraktion lobende Worte für das Projekt aus. Diese Umzonung ist ein entscheidender Schritt für das Quartier und kann nachher im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens nur noch marginal abgeändert werden. Zur Diskussion Anlass gab, dass die Teilrevision vorgezogen wird. Allerdings war man schliesslich grossmehrheitlich der Auffassung, man solle, wenn ein Bauprojekt "reif" ist, Teilrevisionen ermöglichen, um die Bauherrschaft nicht auf eine Totalrevision vertrusten zu müssen. Das hat man in der Gemeinde Kriens bereits in anderen Fällen so durchgezogen. Die Fraktion gewichtet den Denkmalschutz recht unterschiedlich. Während die einen die Schutzwürdigkeit der Industriebauten in Frage stellten, ist der denkmalschützerische Aspekt für die andern ein "must have".

Die CVP/JCVP-Fraktion stellte sich folgende Fragen:

- Wie viele Einsprachen werden die Anstösser wohl einreichen und insbesondere das 8-stöckige Gebäude anprangern?
- Wem nützt ein Pärkli direkt an der Kreuzung und im Nordteil des Grundstücks?
- Warum sind alle drei Gebäude geschützt, obwohl nur zwei im Verzeichnis aufgeführt sind?

Die CVP/JCVP-Fraktion ist grossmehrheitlich für Eintreten auf den Bericht und Antrag.

Laut Beat Tanner tritt die FDP der Teilrevision Ortsplanung, Umzonung Areal PanGas grossmehrheitlich ein. Zum einen überzeugt sie die Bebauung, welcher vorsieht, die alten Industriebauten zu erhalten sowie grosszügige Grünflächen beizubehalten. Zum anderen haben einige grosse Mühe mit der Vorstellung von 8 Geschossen, welches nicht unbedingt in die bestehende Bautenstruktur der Nachbarschaft passt. Doch man ist angehalten, in der nächsten Zeit schonend mit den Bodenressourcen umzugehen und vermehrt verdichtet zu bauen. Mit der Gesamtrevision der Ortsplanung werden keine wesentlichen Erweiterungen der Bauzonen gemacht, da Kriens eigentlich gebaut ist. Aus diesem Grund muss man die Weiterentwicklung gegen innen qualitativ in den bestehenden Bauzonen umsetzen.

Mario Urfer erwähnt, dass die SP im November 2009 dem Bebauungsplan zugestimmt hat. Eine Einsprache zeigt die Mängel in der Umsetzung mit dem Bebauungsplan mit abweichender Geschosshöhe im Zonenplan auf, obwohl dieser Vorgang vom Ortsplaner empfohlen wurde. Die Lehren müssen in der Revision der Ortsplanung einfließen. Mit dem neuen Verfahren der Teilrevision des Zonenplans ändert sich an der Bebauung nichts. Grundsätzlich ist die SP positiv gegenüber verdichtetem Bauen eingestellt. Dieses Projekt muss aber die Qualität haben, die es verspricht. Minergie-Standard muss eine Selbstverständlichkeit sein sowie auch eine gute Baub substanz mit akzeptierter Architektur und ein qualitatives Grün- und Freiraumkonzept mit den unterschiedlichen einheimischen Hochstammbäumen. Ein Ensembles, das die wertvollen Industriebauten und die neuen Bauten ergänzen.

Die SP ist für Eintreten, möchte aber noch folgende Fragen beantwortet haben:

- Kann ohne Verkehrsrichtplan der öV mit diesem Projekt verbessert werden?
- Dem Projekt attestiert man hohe Qualität. Gibt es dazu Richtlinien oder ist das Interpretationssache?

Gemäss Maurus Frey ist die Grüne Fraktion aufgrund der Qualität des Projektes sehr zerrissen. Auch sie ruft nach Verdichtung. Es stellt sich nun jedoch die Frage, ob das PanGas-Areal der richtige Ort für eine solche Verdichtung aus dem nichts ist. Zur Erinnerung: Die Strategie der Revision der Ortsplanung setzt es zum Ziel, die Zentren in der Gemeinde Kriens zu lokalisieren und dort eine Verdichtung voran zu treiben. Dieses Gebiet wäre dabei wohl nicht als Zentrum identifiziert worden. Die Grünen wollen kein neues Zentrum schaffen, wo es noch keins gegeben hat. Sie wollen in den bestehenden Zentrumsgebieten die Verdichtung voran treiben.

Wie ist man in diese Situation geraten? Auch wenn es die Verwaltung und der Gemeinderat verneint, hat die grosszügige Vergabe von Ausnützungsboni zu den hohen Gebäude-Entwürfen geführt. Auch die Grünen wollten die Qualität des Projekts mit all seinen vorbildlichen Eigenheiten mit Belohnungen unterstützten. Nun ist man aber zu weit bzw. zu hoch gegangen mit diesen Belohnungen. Die Grünen wollen kein Trickli anwenden um diesen Fehler durchzubringen. Das Projekt muss auf ein für das Quartier passendes und die Nachbarschaft erträgliches Mass korrigiert werden. Das schliesst etwas höhere Häuser nicht aus. Konkret wollen die Grünen am bereits angeschobenen Vorgehen des Bebauungsplans festhalten. Der Bauherr steht in Pflicht, das Projekt gesetzeskonform umzuformen. Die Grünen haben Stimmfreigabe bezüglich dieses Projekts beschlossen. Eine Mehrheit wird die Umzonung nicht unterstützen.

Für Matthias Senn handelt es sich um eine spezielle Vorlage. Eigentlich müsste nun die zweite Lesung des Bebauungsplanverfahrens stattfinden. Wie aber bereits erwähnt, hat man sich entschlossen, für das PanGas-Areal eine Teilzonenplanänderung vorzunehmen und diese wird heute in erster Lesung behandelt. Damit so etwas nicht noch einmal passiert, soll im Planungs- und Baugesetz des Kantons Luzern (PBG) zukünftig genau definiert werden, was mit Bebauungsplänen geändert werden kann. Die Firma PanGas hat sich entschlossen, alle drei Gebäude zu erhalten, obwohl im Verzeichnis für schützenswerte Kulturobjekte nur zwei Gebäude aufgeführt sind. Gleichzeitig will man eine grosszügige Grünfläche mit Park realisieren, darum hat man sich für eine verdichtete Bauweise entschieden. Das vorliegende Projekt ist das selbe, wie es bereits an der Einwohnerratssitzung vom 18. November 2009 vorgestellt wurde; auch die entsprechende Ausnützung bleibt gleich. Die Qualität des Gestaltungsplanes wurde bereits beurteilt. Das Gestaltungsplanverfahren muss jedoch nochmals separat laufen.

Betreffend den aufgeworfenen Fragen antwortet Matthias Senn, dass man erst in der zweiten Lesung weiss, wie viele Einsprachen eingegangen sind. Der Nutzen des Parks ist ein Teil des Gesamtkonzepts. Man will Grünflächen und Bauten erhalten. Der geplante Park sollte allgemein genutzt werden können und ist nicht nur für die Bewohner gedacht. In Bezug auf den öV hängt es davon ab, wie gross die Nachfrage auf der Linie 16 ist. Dies wird jedoch mit dem Ortsbuskonzept abgeklärt und hat keinen direkten Zusammenhang mit dem Projekt PanGas.

Grundsätzlich unterstützt Christine Kaufmann das verdichtete Bauen und erachtet es als sehr sinnvoll. Bei Überbauungen mit höheren Bauten, müssen diese jedoch in die Umgebung hinein passen. Sie müssen sensibel in die Umgebung integriert werden und es muss auf die unmittelbar betroffene Nachbarschaft Rücksicht genommen werden. Mit dieser Überbauung wird auf das bestehende Quartier leider keine Rücksicht genommen. Im Gegenteil: Die neue Überbauung wird mit einem maximalen Ausnützungszuschlag belohnt, damit die alten PanGas-Bauten in ihrer Eigenständigkeit bleiben und die Neubauten sich in der Höhe absetzen können. Mit dieser Überbauung wird nur Rücksicht auf die Bauherrschaft genommen und das auf Kosten des Quartiers. Durch die enorme Höhe des 8-geschossigen Baus wird das Quartierbild erheblich verändert. Den Häusern in der unmittelbarer Nachbarschaft, welche bereits 40 Jahre und län-

ger vor Ort sind, wird vor die Nase gebaut. Dabei hätte es genügend Platz auf dem Grundstück, nämlich dort, wo die Parkanlage zur Horwerstrasse geplant ist. Die Sprecherin würde es sehr begrüßen, wenn die Neubauten eine max. Höhe mit 6 Geschossen werden, so wie es die Häuser auf der anderen Strassenseite, der Lauerzstrasse sind. Diese sind max. 6-geschossig. Die PanGas möchte eine möglichst hohe Rendite herauswirtschaften, das ist verständlich. Doch ist dies angebracht, wenn dies auf Kosten des Quartiers geht? Hier geht es um einen Entscheid, welcher für viele Jahrzehnte gültig sein wird. Einen Entscheid, welcher nicht problemlos wieder korrigiert werden kann. Christine Kaufmann bittet den Rat, sich in erster Linie für ein Quartier und deren Bewohner einzusetzen und in zweiter Linie für die Rendite der Bauherrschaft.

Mario Urfer möchte seine Frage betreffend Richtlinien für höheres Bauen noch beantwortet haben.

Gemäss Matthias Senn arbeitet die BK mit Richtlinien für Gestaltungspläne, wo dies geregelt ist. Beim vorliegenden Projekt hat man diese Richtlinien beigezogen.

Martin Heiz stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Detailberatung

Martin Heiz erwähnt, dass auf dem Zonenplan Teiländerung PanGas fälschlicherweise Urnenabstimmung steht, jedoch keine stattfindet und diese Aussage auf die zweite Lesung korrigiert wird.

Es werden keine Wortmeldungen und auch kein Rückkommen verlangt. Da es sich um die erste Lesung handelt, gibt es keine Abstimmung.

5. *Planungsbericht: Gesamtkonzept der Sport- und Freizeitanlagen Kriens* **Nr. 202/11**

Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Planungsbericht integriert):

5.1 *Bericht Postulat Graber: Gesamtkonzept für die Sport- und Freizeitanlagen Schwimmbad, Kleinfeld und Mettlen* **Nr. 130/09**

Martin Heini namens der USK ist sich bewusst, dass es sich hier um ein Juwel mitten in Kriens handelt und die Bedeutung des Sports in weiten Teilen der Bevölkerung einen grossen Stellenwert hat und zur Lebensqualität zählt. Eine gute Sport- und Freizeitanlage gibt Raum und motiviert zu Bewegung, was sich positiv für die Volksgesundheit auswirkt. Es liegt nun ein guter Planungsbericht vor, dessen Verfassern einen grossen Dank gebührt. Der Bericht ist ein gutes Strategiepapier mit einem weiten Zeithorizont, welcher den notwendigen Überblick, die Grundlage für die Platzierung der Sportaktivitäten und künftige Investitionen aufzeigt. Die Entflechtung ist als Kernpunkt des Planungsberichts zu deuten. Die Anlagen sind nachhaltig zu unterhalten und zu erneuern. Die gegenwärtige Finanzlage wird Kriens jedoch einen Strich durch die Planung machen. Es würde der Sache dienen, einen Zeitplan zu erstellen und diesen nach

Möglichkeit umzusetzen. In der USK wurde angeregt, die Räume möglichst optimal zu nutzen, auch betreffend der Energieversorgung. Weiter ist auch zu klären, ob im neuen Stadium das SCK-Stübli Platz hat. Dieser Entscheid wird im Mai gefällt, wenn man betreffend SCK und Ligaerhalt mehr weiss. Auch ob der Stadium-Betrieb durch eine öffentlich-rechtliche Betriebsgesellschaft geführt werden kann, soll geprüft werden. Weiter ist die Problematik der Fluchtwege lösbar. Die Mitglieder der USK empfehlen die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichts.

Gemäss Viktor Bienz findet die BK den Planungsbericht als ein gutes Papier und dankt dem Gemeinderat für das informative Konzept. Matthias Senn erklärte an der Kommissionssitzung, dass dieser Planungsbericht zu Reden gibt, da im Budget Streichungen gemacht werden müssen, nun aber schon wieder Planungen vorgenommen werden. Für den Gemeinderat ist dieser Bericht aber wichtig, damit man langfristig in diesem Bereich planen kann. Das Konzept stimmt, der Zeitpunkt der Auslösungen ist aber offen. Man findet die Trennung der verschiedenen Sportarten gut. Auch den Zeithorizont von 20 Jahren ist richtig. Die Kommission findet es positiv, dass man "Platzhalter" geschaffen hat. Das Konzept hätte aber früher erstellt werden sollen, so hätte man die Badi auch einbeziehen müssen. Bezüglich Infrastrukturen spielt es für den Fussball eine wichtige Rolle, in welcher Liga der SC Kriens spielt. Wo das zweite Kunstrasenfeld entstehen soll, ist noch offen. Der Breitensport muss aber im Vordergrund stehen, wie im Konzept auch gezeigt wird. Weiter wurde erwähnt, dass das Restaurant im Fahrplan auch aufgeführt werden müsste. Ebenfalls werden hierfür mehr Parkplätze benötigt, welche auch noch ins Konzept erwähnt werden müssten. Das Thema Hallenbad ist auch offen. Matthias Senn erklärte, dass bei LuzernPlus bezüglich Sportanlagen Abklärungen im Gang sind. Wenn ein regionales Bedürfnis besteht, wird die Region auch hierfür finanzielle Mittel sprechen. Bezüglich Restaurant könnte auch ein privater Restaurationsbetrieb geführt werden. Die BK nimmt den Planungsbericht zur Kenntnis.

Toni Bründler erwähnt, dass die SVP für Eintreten ist und den Bericht neutral zur Kenntnis nimmt. Die SVP setzt sich nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig für den Sport ein. Wichtig ist jedoch, dass die finanziellen Mittel geregelt sind. Es ist auch fraglich, ob auch alles geplante nötig ist oder würde etwas Einfacheres auch genügen?

Kathrin Graber dankt namens der CVP/JCVP-Fraktion dem Gemeinderat für das Gesamtkonzept für die Sport- und Freizeitanlagen in Kriens, das er aufgrund eines Vorstosses ihrer Fraktion erarbeitet hat. Aus ihrer Sicht setzt das Konzept gute Leitplanken, lässt aber auch viel Spielraum für die Zukunft, wo in den nächsten 30 Jahren welche Sport- und Freizeitanlagen erneuert oder neu errichtet werden sollen. Die CVP/JCVP-Fraktion hat in ihrem Vorstoss gefordert, in einem Gesamtkonzept aufzuzeigen, in welchen Bereichen bei den Sport- und Freizeitanlagen kurz- bis langfristig Synergien genutzt werden können und sollen. Entgegen dem Bericht des Gemeinderates beschränkt sich der Vorstoss nicht auf ein Gesamtkonzept Energie, sondern verlangte auch die Synergienutzung bei der Errichtung von Hochbauten. Auf diese fettgedruckte Forderung des Postulats wurde aus ihrer Sicht im Konzept überhaupt nicht eingegangen. Die Fraktion ist aber überzeugt, dass Synergien gerade bei Garderoben und Duschen möglich wären. Die Nutzung von Synergien muss gerade jetzt - bei den angespannten Verhältnissen in Kriens - aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen unbedingt realisiert werden. Auf eine zentrale Forderung des Postulats wurde somit im 26-seitigen Bericht mit keinem Wort eingegangen. Insofern weist das Gesamtkonzept einen Mangel auf. Kritisch beurteilt die CVP/JCVP-Fraktion auch die Tatsache, dass die Umwelt- und Sicherheitskommission des Einwohnerrates in die Erarbeitung des Konzepts nicht einbezogen worden ist. Die Sprecherin will vom Gemeinderat wissen, wie die negative Stellungnahme des Skatepark OK zu werten ist.

Das Konzept weist aus Sicht der Fraktion aber auch verschiedene positive Aspekte auf:

- Mit dem Konzept wird sowohl auf den Vereins- wie auch auf den Schulsport eingegangen. Es ist gerade im Schulsport wichtig, dass junge Leute früh für Sport und damit für einen gesunden Lebenswandel begeistert werden können.
- Mit dem Konzept wird aufgezeigt, wie die verschiedenen Sportarten parallel zueinander trainiert werden können. Die CVP/JCVP-Fraktion findet es dabei richtig, dass nicht nur auf die Bedürfnisse des Fussballs, sondern auch auf die Bedürfnisse der Leichtathleten und der Beachballsportarten eingegangen wird. Allerdings führt dies dazu, dass somit ein finanzieller Riesenbrocken von 7,5 Mio. Franken für den Vereins- und Schulsport auf die Gemeinde zukommen wird. Gerade deshalb wäre es wichtig, Synergien zu schaffen und somit finanzielle Einsparungen zu erzielen.
- Das Konzept umfasst einen Planungshorizont von 20 Jahren. Dies verkleinert auf der einen Seite die finanzielle Belastung von Kriens. Gleichzeitig hofft die Fraktion aber auch, dass die Sport-Anlagen trotzdem möglichst bald realisiert werden können und nicht wegen der finanziellen Lage der Gemeinde auf den "Sankt-Nimmerleinstag" verschoben werden. Die Sport-Anlagen tragen nämlich viel zur Attraktivität von Kriens bei.

Zusammenfassend tritt die CVP/JCVP-Fraktion auf das Gesamtkonzept ein. Sie freut sich, dass dem Sport, den verschiedenen Sportarten in Kriens und damit auch der körperlichen Bewegung als Gesundheits-Prävention ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Auf eine Hauptforderung des Postulats wurde leider nicht eingegangen. Die Fraktion ist daher der Meinung, dass das Postulat nicht erledigt erklärt werden darf. Der Gemeinderat muss aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde nochmals über die Bücher gehen und schauen, wo Synergien genutzt und wo dadurch Einsparungen erzielt werden können. In diesem Sinn nimmt die CVP/JCVP-Fraktion den Planungsbericht zu Kenntnis.

Für Roger Erni ist Sport Lebensqualität. Die FDP ist froh, dass endlich ein Gesamtkonzept für die Anlagen Krauer-Kleinfeld-Schlundmatt vorliegt und unterstützt den vorgeschlagenen Weg, welcher zwar relativ langfristig, dafür aber finanzpolitisch vertretbar die einzelnen Umsetzungsschritte aufzeigt. Auf dem Kleinfeld-Areal können die seit Jahren dauernde Nutzungskonflikte zwischen Badi, Schulen Kriens, Sportclub, Leichtathletik und Beachvolleyballern durch die Entflechtung und Vergrösserung der Anlage sicher gemindert werden. Den innovativen Wechsel des Leichtathletik-Bereiches auf den heutigen Tennenplatz des SCK's unterhalb der Gallihalle ist gelungen. Es ist bei der Umsetzung darauf zu achten, dass der Neubau der Leichtathletik-Anlage nicht mehrere Jahre vor dem Bau des zweiten Kunstrasenfeldes für den SC Kriens ausgeführt wird. Der SCK unterhält die grösste Juniorenabteilung der Zentralschweiz und ist schweizweit unter den Top 3. Es ist zwingend dem sich v.a. um die Breitensport-Fussballer und Fussballerinnen kümmernden SC Kriens die nötige Infrastruktur bereit zu stellen. In diesem Zusammenhang sei auch auf die am 23. März 2011 eingereichte Motion Camenisch hinzuweisen, welche sich auch für die Sportvereine rund ums Kleinfeld einsetzt.

Es werden von allen Sportvereinen grosse Leistungen für die Sozialisierung, die Integration und die Erziehung von Kindern und Jugendlichen unternommen. Der SC Kriens ist gefordert, in den nächsten Monaten ein valables Projekt auf die Beine zu stellen, an welchem sich die Gemeinde mit Fr. 2 Mio. beteiligt, um die notwendige Sanierung oder einen Neubau spätestens im Jahre 2012 starten zu können.

Fazit: Es gilt bei der Umsetzung die Sportkommission, die VKS aber natürlich auch die betroffenen Sportvereine miteinzubeziehen. Nicht zu vergessen gilt es bei der Umsetzung von Re-

staurant und Hallenbad private Investoren anzufragen und offensiv anzugehen. Die FDP-Fraktion unterstützt den am 12. Januar 2011 vom Gemeinderat vorgelegten Planungsbericht und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis.

Gemäss Martin Heini nimmt die SP zustimmend vom vorliegenden Planungsbericht Kenntnis. Es ist auch eine Forderung der SP, eine Gesamtplanung zu schaffen, den eine zentrale Sportanlage für Vereine, Schule und Freizeit ist wichtig. Sport ist auch Lebensqualität und gehört in die Mitte der Gemeinde Kriens. Der Platz ist knapp und es sind viele Wünsche vorhanden und es ist klar, dass nicht alles realisiert werden kann. Darum ist eine gute Koordination und eine Optimierung der Nutzung absolut notwendig. Im Planungsbericht ist eine zeitliche und räumliche Entflechtung der Nutzungen ersichtlich. Kurz- und mittelfristig muss die Gemeinde die Gebäude und Anlagen unterhalten und erneuern. Dies dient einer langfristigen Planung der Sache. Der vorliegende Bericht zeugt vom strategischen und umfassenden Denken des Gemeinderates. Trotzdem besteht Potenzial für Synergien und diese gilt es zu nutzen. Wegen den verknüpften finanziellen Mitteln muss das Konzept zusammen mit der Zentrumsverwirklichung koordiniert werden. Es braucht eine Aufteilung nach Pflicht und Kür. In diesem Sinne nimmt die SP vom Planungsbericht zustimmend Kenntnis.

Mirjam Kalt dankt namens der Grünen dem Gemeinderat für die Erarbeitung dieses Planungsberichts, der visuell gut darstellt, welche Veränderungen und Planungsschritte erstellt worden sind. Endlich, nach langer Zeit wird nun ein Gesamtkonzept für die Sport- und Freizeitanlagen erstellt, eigentlich zu spät, dies war schon vor 15 Jahren fällig und Bruno Bienz hat bereits vor 8 Jahren ein solches Konzept gefordert. Nun ist es da und man ist froh darum. Die Grünen unterstützen diesen Planungsbericht und das Vorhaben, trotz der jetzigen finanziellen Situation der Gemeinde, weil sie überzeugt sind, dass Investitionen getätigt werden müssen, damit Kriens eine attraktive Gemeinde bleibt. Und dabei spielen der Freizeit- und Sportbereich eine wichtige Rolle, denn dies ist zugleich ein wichtiger Aspekt der Jugendarbeit, Gewaltprävention und Integration. Ein organisch, etwas chaotisch gewachsener Sport-Komplex beim Areal Kleinfeld wird reorganisiert. Es findet eine Entflechtung statt, welche die effiziente Nutzung dieser Anlage ermöglicht. Dies erscheint den Grünen sinnvoll. Auch die Erschliessung und somit flexiblere Nutzung der verschiedenen Plätze ist wichtig. Die Grünen haben den Bericht auch kritisch gelesen in Anbetracht einer möglichen übermässigen und einseitigen Bevorzugung einzelner Sportarten, denn dies wollen sie vermeiden. Es soll nicht der Fussball einseitig gefördert und bevorzugt werden. Sie glauben nun aber, dass die Investitionen vielen unterschiedlichen Sportlerinnen und Sportlern, Jugendlichen und Erwachsenen wie auch Verbänden, der Schule und der Öffentlichkeit zu Gute kommt. Sie wollen auch künftig darauf achten, dass die Gelder allen Sportarten zugute kommen, weil es ihnen wichtig ist, den Breitensport zu fördern.

In diesem Sinne können die Grünen auch die Sportanlage Schlund sehr unterstützen. Wird hier doch den neueren, jungen Sportarten, welche vor allem von Jugendlichen, die nicht unbedingt in Sportvereinen engagiert sind, auch einen Raum gegeben. Die Grünen sind der Ansicht, dass gut geklärt werden muss, welche Bedürfnisse hier bestehen. Sie freuen sich, dass die Anlage Schlund somit integrierter Teil dieses Planungsberichtes ist und sie werden darauf achten, dass dies auch umgesetzt wird. Eine Frage bleibt bezüglich der Spielwiese Mettlen auf dem Areal Kleinfeld. Im Planungsbericht liest man diesbezüglich nichts Weiteres. Bleibt diese Spielwiese oder wird diese oder ev. neu saniert? Wichtig scheint den Grünen, dass dieser Teil weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich bleibt. Auf der Seite 11 im Planungsbericht sind die Prioritäten festgelegt. In Bezug auf diese Spielwiese wird künftig die Priorität Schule/Badi/öffentlich und Fussball / Vermietung gelegt. Was heisst dies nun für die öffentliche Nutzung? Wichtig ist den Grünen auch die Erarbeitung eines Energiekonzeptes, wie es im Pla-

nungsbericht auch vorgesehen ist. In diesem Sinne stimmen sie dem Planungsbericht einstimmig zu.

Cyrell Wiget freut es, dass viele positive Punkte im Planungsbericht gefunden wurde und er merkt, dass der Sport von allen Parteien ein wichtiges Thema ist. Er informiert nochmals kurz anhand von ein paar Folien das Gesamtkonzept, welches aufgrund eines überwiesenen Vorstosses von Kathrin Graber erarbeitet wurde. Bei der Planung der Badi hat man gemerkt, wie schwierig es ist, ohne Konzept zu arbeiten und die BK hat diesen Mangel zurecht eingebracht. Das Areal Kleinfeld ist ein Juwel für die Gemeinde. Zurzeit ist es jedoch wenig einladend und schwer zugänglich. Der Gemeinderat will attraktive und bedürfnisgerechte Sportanlagen für die Vereine aber auch für die Bevölkerung zur Verfügung stellen. Er findet es richtig, das Postulat von Kathrin Graber als erledigt abzuschreiben. Es macht nicht Sinn, alle Nutzungen vom Kleinfeld-Areal synergetisch zu nutzen. Die Entflechtung ist richtig. Das "Herz" der Anlage soll neu bei der Schlundstrasse sein. Die finanzielle Situation von Kriens ist allen klar. Der Gemeinderat möchte aus diesem Grund aufzeigen, welche Kosten auf Kriens zukommen. Es gilt, diese Mittel in die Planung miteinzuwoben und die Aufgabenteilung und Bauten sinnvoll zu etappieren. Der Zeitpunkt für das Gesamtkonzept ist sicher spät, aber nicht zu spät. Auf der Mettlen-Anlage soll der öffentliche Spielplatz erhalten bleiben. Die neue Trockenfilter-Anlage der Badi bedingt eine neue Führung der Finnenbahn.

Martin Heiz stellt klar, dass die Erledigung des Postulats in der Kompetenz des Gemeinderates liegt und somit nicht darüber abgestimmt werden muss.

Detailberatung

Bericht und Antrag

S. 21 – Skaterpark

Kathrin Graber möchte ihre Frage betreffend der negativen Stellungnahme des Skaterpark-OK's beantwortet haben.

Gemäss Cyrell Wiget kam die negative Stellungnahme nicht vom Verein, sondern einem Mitarbeiter der Abteilung Jugend. Dieser hat seine Kritik nicht als Vernehmlassungsantwort verstanden. Seine Kritik bezog sich vor allem auf die heutige Situation.

Martin Heiz stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen mehr verlangt werden und der Planungsbericht von allen zur Kenntnis genommen wird.

6. Planungsbericht: Strategie der räumlichen Entwicklung Nr. 217/11

Zu diesem Geschäft begrüsst Martin Heiz wieder den Sachverständigen Urs Muff, Sachbearbeiter Abteilung Planungen/Baugesuche.

Gemäss Viktor Bienz wurde den Mitgliedern der BK erklärt, dass ein solches Strategiepapier bei einer Gesamtrevision Pflicht und Vorgabe des Kantons sei. Im Strategiepapier sehen die einen die groben Stossrichtungen, wohin der Gemeinderat in Kriens will. Das Ganze ist aber für sie zu wenig greifbar. Die anderen finden diese Pflichtübung einen riesengrossen Witz. So fokussierte sich die Diskussion um Themen wie altersgerechtes Wohnen, Erlebniswelt im Zentrum, preisgünstigen Wohnraum, neue Zonen für W2, Kriens fördert Quartiertreffpunkt und die Sonderbauzonen. Die meisten Themen wird die BK im nächsten Schritt bei der Diskussion zum Bau- und Zonenreglement vertieft diskutieren. Auch wurde die Meinung geäußert, dass die Gemeinde wertschöpfende Unternehmungen ansiedeln soll und nicht nur verkehrsbringende und nichtsteuerpflichtige Personen. Am Schluss wurde der Planungsbericht grossmehrheitlich positiv zur Kenntnis genommen. Ein Mitglied nahm den Bericht klar ablehnend zur Kenntnis.

Toni Bründler erwähnt, dass die SVP für Eintreten ist und den Bericht wie vorliegend zur Kenntnis nimmt. Die Entwicklung ist für Kriens sehr wichtig und tut auch der Wirtschaft gut. Die verkehrstechnischen Probleme müssen gelöst werden und es dürfen nicht mehr Schikanen für den Individualverkehr aufgestellt werden. Kriens soll selber bestimmen können und braucht dazu keine Fusion.

Roland Schwizer stellt fest, dass mit dem vorliegenden Planungsbericht „Strategie der räumlichen Entwicklung Kriens“ ein erster Teil der Ortsplanrevision vorliegt. Für die Erarbeitung dieser Strategie hat man nicht alltägliche Wege beschritten. Anlässlich eines Workshops vom 21. November 2009 konnte sich die Bevölkerung zum Thema der strategischen Weiterentwicklung äussern. Die Ergebnisse dieses Workshops sind in das vorliegende Dokument eingeflossen. In sechs Bildern wird aufgezeigt, wie sich die Gemeinde künftig entwickeln soll. Es sind schön formulierte Ideen und Ziele, die zum Teil so offen formuliert sind, dass man sich alles und nichts darunter vorstellen kann. Das eröffnet die Möglichkeit, dass aus der Strategie die unterschiedlichsten Ziele abgeleitet werden können. Was damit geschehen kann, sieht man am Verkehrsrichtplan von 1993. Hier liegt ein ähnliches und auch ähnlich formuliertes Strategiepapier vor – umgesetzt wurde daraus noch wenig. Sehr positiv an diesem Bericht ist zu erwähnen, dass es ein erklärtes Ziel ist, den grünen Gürtel, der die Gemeinde umgibt, zu erhalten. Eine Zersiedelung der Umgebung wird dadurch verunmöglicht. Ein allfälliges Wachstum wird mit der Verdichtung nach innen abgefedert. Auch der Bereich Energie fand einen grossen Raum in dieser Strategie. Diese Ressource ist nebst dem Raum einer der wichtigsten Themenbereiche, die für ein qualitatives Wachstum einer Gemeinde thematisiert werden müssen.

Was für die CVP/JCVP-Fraktion zu wenig Beachtung erhielt, ist der Bereich Industrie - sowohl innerhalb des Dorfkerns wie auch ausserhalb des Zentrums. Wie allen bekannt ist, sind mitten im Dorfkern grosse Industriebetriebe vorhanden, welche in die strategischen Überlegungen miteinbezogen werden sollten. Der Bereich der schützenswerten Bauten hätte etwas offener formuliert werden können, sodass Bauten nur dann geschützt werden, wenn ein nachweisliches allgemeines Interesse vorhanden ist. Die CVP/JCVP-Fraktion ist aber insgesamt zufrieden mit dem Strategieentwurf, dankt allen Beteiligten für die aktive Mitarbeit und hofft nun auf eine rasche Umsetzung des zweiten Schrittes. Der Gemeinderat wird aufgefordert, aus der vorliegenden Strategie die geeigneten Ziele zu definieren, damit dem Dokument etwas Leben eingehaucht wird. Die Fraktion nimmt positiv Kenntnis vom Planungsbericht.

Gemäss Beat Tanner nimmt die FDP-Fraktion mit Vorbehalt Kenntnis vom vorliegenden Bericht Strategie der räumlichen Entwicklung. Die FDP kann die Strategie zu 90 % teilen. Die Strategie ist aber zu wenig konkret und nicht messbar. Die Fraktion nimmt mit Vorbehalt Kenntnis, weil sie zuerst die Details und die Anträge der Ortsplanungskommission sehen möchte. Da man nur zustimmend oder ablehnend Kenntnis nehmen kann und zum Inhalt keine Änderungen, Ergänzungen und Protokollnotizen angebracht werden können, verzichtet die FDP hier auf eine ausführliche Diskussion und fragt sich nach dem Sinn dieses Planungsberichts. Die FDP wird ihre Anliegen in der Ortsplanungskommission einfließen lassen.

Für Mario Urfer namens der SP gibt es keine Ortsplanungsrevision ohne Strategiepapier. Die SP fragt sich aber, was ist das für eine Strategie, wenn sie schon vor der Kenntnisnahme Widersprüche erfährt? Hier einige Beispiele dazu:

- Kriens stellt die nötigen Mittel. Die Budgetdebatten sprechen eine andere Sprache.
- Der Verkehr wird ortsverträglich durchs Zentrum geführt. Ein aktueller Verkehrsrichtplan fehlt.
- Die Zentrumsplanung Kriens wird mit Priorität umgesetzt. Es wird viel unternommen, um die Zentrumsplanung hinzuhalten oder zu verhindern.
- Quartiertreffpunkte fördern. Etwa indem man Schulhäuser in den Quartieren schliessen will?

Trotzdem, der Präambel auf S. 8 des Berichts decken zu 80 % die Themen der SP: Haushälterisch mit den natürlichen Ressourcen Boden, Luft, Wasser und Grünraum umzugehen / dichte Mischnutzung fördern / Lärm- und Luftverschmutzung verhindern durch Umsteigen vom motorisierten Verkehr auf öffentlichen Verkehr und Förderung des Langsamverkehrs (Sicherung von Velofahrer und Fussgänger) / Distanzen (Arbeits-, Versorgungs- und Freizeitwege) möglichst klein zu halten (z.B. Mischzonen, Quartierläden- und -treffpunkte). Für die SP sind sachliche und kompetente zusammengestellte Grundsätze für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung von Kriens sehr wichtig. Wenn nötig unter Beizug von Fachpersonen oder Fachkommissionen. Dank der SP ist jetzt auch eine kompetente Frau in der Ortsplanungskommission vertreten. Kriens nimmt gemeindeübergreifende Aufgaben wahr und zeigt mit dem Strategiepapier auf, dass Kriens kein Dorf, sondern urban ist. Die SP nimmt den Planungsbericht zu Kenntnisnahme.

Maurus Frey stellt fest, dass im Planungsbericht beschrieben ist, dass sich die Revision der Ortsplanung in zwei Planungsteilschritte gliedern soll. Die vorliegende Strategie ist der erste Schritt und soll die Grundlage für den zweiten Schritt - die Ausarbeitung der Ortsplanung - sein. Die Kommission hat die Strategie ohne Beizug der meisten externen Fachpersonen im Sommer 2010 abgefasst. Keine einzige Sitzung zur Strategie hat mit den Fachleuten aus der Verwaltung stattgefunden. Mit Skepsis haben die Grünen festgestellt, dass schon lange vor der Validierung dieser Strategie durch Gemeinde- und Einwohnerrat intensiv und effizient an den Gesetzestexten gearbeitet wurde. Dies, obschon zu diesem Zeitpunkt die Strategie weder vom Gemeinderat noch vom Einwohnerrat positiv zur Kenntnis genommen wurde. Ohne breit abgestützte Strategie hat die Kommission bereits im September des letzten Jahres verschiedene Artikel gestrichen oder abgeschwächt. Verschiedene Tendenzen lassen Rückschritte im Vergleich zum Bau- und Zonenreglements der letzten Dekade befürchten. So sehr die Grünen die effiziente Arbeitsweise der zuständigen Kommission begrüßen, so kritisch verfolgen sie das etwas hastige umgestalten des Bau- und Zonenreglements (BZR). Ironischer Weise durfte der Einwohnerrat auch heute über eine Teilrevision der Ortsplanung bestimmen. Auch darum sind die Grünen weiterhin der Meinung, dass ohne einer griffigen Strategie dieser Totalrevision et-

was überflüssiges anhaftet. Sie nehmen den Bericht zur Kenntnis und werden bei der Detailberatung mehr dazu sagen.

Gemäss Matthias Senn verlangt der kantonale Richtplan von den Gemeinden ein Siedlungsleitbild. Dieses bildet die Grundlage für eine bedarfsgerechte und etappierte Erweiterung der Bauzonen. Es ist wichtig, dass eine Strategie gemacht und eine politische Diskussion abgehalten wird. Der Sprecher dankt für die positive Kenntnisnahme des Leitbilds. Es ist klar, dass es Zielkonflikte gibt und Widersprüche vorhanden sind. Dies vor allem, wenn parlamentarische Vorstösse eingereicht werden, welche in eine andere Richtung als die Strategie des Gemeinderates gehen. Matthias Senn stellt zudem fest, dass teilweise zu viele oder falsche Informationen aus den Kommissionen an die Öffentlichkeit gelangen. Die BK hat diverse Grundsatzpapiere diskutiert, aber dabei wurde noch nichts beschlossen. Das BZR wurde nur in groben Zügen angeschaut, was gestrichen bzw. geändert werden könnte. Er nennt dabei als Beispiel die Energieartikel. Aber wie gesagt, ist noch nichts beschlossen worden.

Für Räto Camenisch sind heute wieder zwei Planungsberichte traktandiert, welche ausser ein "Blabla" für das Protokoll nichts bringen. Er hat dazumal vor der Streichung der Bemerkungen gewarnt. Der Einwohnerrat kann am Planungsbericht nichts ändern, sondern diesen nur zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis nehmen. Man soll sich überlegen, was Parlamentarismus bedeutet. Hier wird viel gesagt, aber nichts geändert. Bei der nächsten Revision der Geschäftsordnung des Einwohnerrates soll das Instrument der Bemerkungen wieder eingeführt werden.

Alexander Wili will auf einen rechtlichen Aspekt hinweisen. Er hat aus den gleichen Gründen wie Räto Camenisch bei der Geschäftsleitung des Einwohnerrates angefragt, ob Bemerkungen angebracht werden können. Diese antwortete, dass dies nicht möglich ist und die Geschäftsordnung entsprechend geändert werden müsste. Wenn zum Planungsbericht kein Vorbehalt gemacht werden kann, könnte es schlussendlich zu herauskommen, wie es beim Schappe-Center der Fall war. Der Einwohnerrat darf nicht Opfer von Berichten werden, die nur zur Kenntnis genommen werden können. Deshalb unterstützt der Sprecher das Votum von Beat Tanner, welcher fordert, den Bericht unter Vorbehalt zur Kenntnis zu nehmen.

Judith Luthiger stellt klar, dass bei der damaligen Revision der Geschäftsordnung über das Instrument der Bemerkungen abgestimmt wurde. Es war ein demokratischer Prozess. Der Einwohnerrat hat sich dagegen entschieden. Zudem wird alles protokolliert und der Gemeinderat hat ja auch offene Ohren und wird die Stellungnahmen des Rates bei seinen Entscheidungen einfließen lassen.

Erich Tschümperlin erinnert sich auch an die damalige Diskussion. Er sieht kein Problem, dass der Einwohnerrat keine Bemerkungen mehr anbringen kann. Alles gesagte wird ja protokolliert und ist somit schriftlich vorhanden. Zudem will der Gemeinderat ja eine Vorlage erstellen, die mehrheitsfähig ist und nimmt somit auf die Stellungnahmen des Einwohnerrates Rücksicht.

Für Alex Hahn ist das Konzept nicht konsequent. Man soll als Anhang zum Einwohnerratesprotokoll Bemerkungen anbringen können. Der vorliegende Bericht gibt zu denken. Er zeigt nur einzelne Bereiche auf. Betreffend öV und Individualverkehr geht es nur nebeneinander. In Stosszeiten sind die Busse hoffnungslos überfüllt.

Gemäss Räto Camenisch was das Instrument der Bemerkungen eine Willenskundgebung. Diese waren zwar nicht bindend, aber aussagekräftig.

Martin Heiz stellt klar, dass das Mittel der Bemerkungen nun nicht vorhanden ist. Dazu müsste die Geschäftsordnung des Einwohnerrates geändert werden. Alles gesagte wird jedoch ins Protokoll einfließen.

Detailberatung

Papier: Strategie der räumlichen Entwicklung

S. 8 - Präambel

Maurus Frey will nicht zu jeder Seite dieses Dokuments das Wort ergreifen und gibt darum das Feedback der Grünen im Bezug auf die Präambel konzentriert von sich. Kriens verhindert Zersiedelung. Alle rufen nach einer Verdichtung. Doch niemand kennt ein erfolgversprechendes Rezept, diese Verdichtung zu fördern. Die geplante Zuführung von neuem Bauland wird die Verdichtung nicht fördern. In der Schweiz wird pro Tag die Fläche eines Fussballfeldes verbaut. Unverbauter Boden wird knapp und ist eine der wertvollsten Ressourcen dieses Landes. Mit diesem Boden muss haushälterisch umgegangen werden, um auch in ferner Zukunft ein qualitatives Wachstum absichern zu können. Muss das restliche Tafelsilber jetzt schon verprasst werden? Ist nicht jetzt der richtige Moment, die gewünschte Verdichtung anzustossen? Dafür braucht es neue Ideen und eine griffige Strategie. Die Grünen sind gegen die angedachten neuen Einzonungen. Es ist genug Land eingezont: Schweighof, Eichhof, Sidhalde, Teiggi-Areal, Gemeindehaus-Areal, Pangas.

Kriens schafft keine neuen Arbeitszonen. Die Qualitätssicherung der bestehenden Gewerbezone ist von vitaler Bedeutung für eine weiterhin eigenständige Gemeinde. Kriens soll mit einem lebendigen Kleingewerbe neben den Schlaf- auch die wichtigen Arbeitsplätze sichern. Die Zeiten, in welchen man auf gigantische Industrie- und Einkaufszentren gehofft hat, muss man hinter sich lassen. Das Ziel soll sein, wertschöpfende Betriebe anzusiedeln. Betriebe, welche mit der knappen Ressource Boden effizient umzugehen wissen und attraktive Arbeitsplätze schaffen. Kriens weist verschiedene Zentren auf. Die Grünen begrüßen, dass neben dem eigentlichen Dorfzentrum der Fokus auch vermehrt auf die weiteren Zentren der Gemeinde gelegt wird. Sie hoffen, dass die Kommission diese Zentren noch genauer lokalisieren wird. In den Zentren soll zentrales, verdichtetes Bauen konsequent gefördert werden. Konkret soll hier eine Erhöhung der erlaubten Stockwerkzahl geprüft werden. Die Aufenthalts- und Wohnqualität darf dabei jedoch nicht leiden. Ausreichend Grün- und Freiräume stellen diese Qualität auch in verdichtetem, städtischem Gebiet sicher. In den Quartieren spielt sich der grösste Teil des Lebens ab. Um die Aufenthalts- und vor allem die Wohnqualität der Quartiere zu sichern oder gar zu steigern, darf man den Aufwand nicht scheuen, sich mit diesen auseinander zusetzen. Mit ausgedehnten Quartier-Analysen müssen die Defizite und das Potenzial dieser Quartiere festgestellt werden. Wo ist die soziale Durchmischung nicht mehr gewährleistet? Wo braucht es soziale Aufwertungen? Wo fehlt es an Spiel- oder Grünflächen? Das Amt für Raumentwicklung ARE des Bundes stellt verschiedene Tools zur Verfügung, um eine ergiebige Quartier-Analyse durchzuführen. Klar, diese Mittel sind neu und unerprobt. Man sollte trotzdem den Mut haben, solche neue Vorgehensweisen anzuwenden. Eine Revision nach Schema F, wie vor 10 Jahren, bringt keine Ortsplanung mit Mehrwert.

Die Chance, die Ortsplanung mit einer griffigen Verkehrsplanung zu kombinieren, bleibt auch weiterhin ein frommer Wunsch. Die letzte Aktualisierung des Verkehrsrichtplans liegt nun schon 18 Jahre zurück. Sie ist somit zweimalig durch eine neue Ortsplanung überrundet worden. Man zementiert so die grossen Verkehrsprobleme, welche man in den letzten Jahren nicht zu lösen im Stande war oder schafft gar noch neue. Diese Gesamtrevision soll genutzt werden.

Man muss den Willen haben, zu gestalten. Neues soll ausprobiert und nicht nur bestehende Gesetzestexte umgeformt und zusammengestrichen werden.

Das vorliegende Papier muss Basis für ein BZR mit Mehrwert für Kriens und seine Umwelt sein. Die Grünen werden das Resultat der Totalrevision mit dem Strategie-Papier prüfen.

Alexander Wili ergänzt die Präambel mit zwei weiteren Bemerkungen:

- Kriens fördert auch die Entwicklung von Quartierzentren.
- Kriens fördert die Planung einer Hochbahn von Kriens bis nach Luzern.

Weiter soll der Beschlusstext unter Vorbehalt der künftigen Beschlüsse zur Ortsplanung zur Kenntnis genommen werden.

S. 13 – Raum fürs Wohnen

Michael Günter weiss, dass viele Personen den Traum eines Einfamilienhauses verwirklichen möchten. In Kriens können gemäss Bericht nur noch Miet- und Stockwerkeigentumswohnungen realisiert werden. Der Sprecher macht beliebt, dass Kriens auch für spezifische Einfamilienhaus-Zonen Platz schaffen soll. Dies sollen keine Zonen für Villen sein, sondern einfach für ganz gewöhnliche Einfamilienhäuser.

Gemäss Judith Luthiger fehlt aus Sicht der SP die Bemerkung, dass auch zahlbarer Wohnraum vorhanden ist, d.h. Wohnungen für Personen mit kleinem Einkommen. Wie gedenkt der Gemeinderat dies zu berücksichtigen?

Maurus Frey träumt auch von einem eigenen Einfamilienhaus. Dies wird in Kriens aber nicht mehr möglich sein, da der Boden ein knappes Gut ist. Wenn man diesen Wunsch allen Einwohnern ermöglichen möchte, müsste bis ins Eigenthal eingezont werden. Somit bleibt das Ganze nur ein Traum.

S. 17 – Zentrale Räume – Quartiertreffpunkte als wichtige Ergänzung

Toni Bründler stellt sich dies bildlich vor und fragt, ob man jedem Quartier vorschreiben will, wo sie sich treffen müssen. Er warnt vor Übertreibungen. Dies kostet die Gemeinde nur wieder viel Geld. So wie er informiert ist, organisieren sie die Quartierbewohner diesbezüglich selber.

S. 17 – Zentrale Räume – Dorfzentrum, lit. b): Die Zentrumsplanung Kriens wird mit Priorität umgesetzt.

Judith Luthiger will wissen, wie diese Aussage zu werten ist und wie die Ortsplanungskommission (OPK) zu dieser Aussage steht.

Gemäss Matthias Senn hat die OPK das Strategiepapier im September 2010 verabschiedet. Die OPK steht hinter der Zentrumsplanung. Ob es diesbezüglich Veränderungen gibt, diskutiert der Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 26. Mai 2011. Es darf nicht immer das ganze Vorgehen hinterfragt werden. Betreffend Quartiertreffpunkte sollen vor allem die bestehenden Orte verbessert werden, d.h. mit Spielplätzen ergänzen. Es sollen nicht grundsätzlich neue Quartiertreffpunkte gemacht, sondern die bestehenden erhalten und gefördert werden. In Bezug auf günstiges Wohnen hat Kriens viele Wohnbaugenossenschaften, die solchen Wohnraum anbieten. Betreffend Einzonungen findet keine Zersiedlung statt, sondern diese finden innerhalb der Siedlungszone statt. Der Gemeinderat möchte drei von vier Grundstücken anschauen. Die zwei gemeindeeigenen Gebiete können für Desinvestitionen verwendet werden. Es ist korrekt, dass der Verkehrsrichtplan alt ist. Der Gemeinderat hat entschieden, dass ein Gesamtverkehrskonzept erstellt werden muss. Zurzeit laufen im Baudepartement viele Projekte

und es herrscht ein Ressourcenproblem. Es ist aber geplant, die Arbeiten für die Erstellung des Gesamtverkehrskonzepts im Sommer 2011 aufzunehmen.

S. 17 – Zentrale Räume – Verkaufsnutzungen ausserhalb des Zentrums

Kathrin Graber stellt klar, dass Quartiere wichtig sind und dazu beitragen, keine Schlafstadt zu sein. Es ist deshalb wichtig, die Verkaufsnutzungen ausserhalb des Zentrums zu unterstützen und zu fördern.

Maurus Frey wohnt im Kuonimatt-Quartier, wo alle fünf Jahre ein Quartierfest stattfindet. Dies wird sicher auch anderen Quartieren der Fall sein und wird von den Quartierbewohnern selber organisiert. Weiter bedeutet für ihn drei Einzonungen keine Zersiedelung.

Erich Tschümperlin bestätigt, dass viele Wohnbaugenossenschaften zahlbaren Wohnraum anbieten. Er würde es begrüssen, wenn der Einwohnerrat einen Grundsatz fällen würde, dass genossenschaftliches Wohnen mit einem Bonus gefördert werden könnte. Er stellt sich eine Bonuserhöhung mit zeitlicher Einschränkung vor.

Martin Heiz unterbricht die Sitzung für eine Pause von 16:00 Uhr bis 16:30 Uhr und bittet die Geschäftsleitung kurz zusammenzukommen um das Vorgehen betreffend Arbeitssitzung finanzielle Auslegeordnung zu besprechen.

Landschaftsraum und Siedlungsökologie

S. 20 – L5 Schaffung von Sonderzonen bei Bedarf

Judith Luthiger fragt, welche Nutzungen in diesen Sonderzonen denkbar sind und ob man schon angedacht hat, welches Verfahren es bei einer Umzonung gäbe?

Matthias Senn erklärt, dass die Nutzungen, welche man sich vorstellt, unter Punkt b) festgehalten sind. Es ist eine Erweiterung der Nutzung, welche heute schon stattfindet. Wenn eine Einzonung vorgenommen wird, wird es zu einer Bauzone. Man stellte fest, dass dies keine raumplanerisch Bedeutung hat. Wenn eine Erweiterung ermöglicht werden soll, braucht es eine Sonderzone für spezielle Nutzungen. Bei der Ortsplanung möchte man noch keine Sonderzonen schaffen, sondern erst das Verfahren festlegen. Die Landwirtschaftszone mit touristischem Schwerpunkt entfällt.

Maurus Frey hält fest, dass die Grünen gegen die Schaffung von Sonderzonen sind. Man hat das Gefühl, dass die Landwirtschaftszone gut geregelt ist. Man möchte ausserdem vor einer Zersiedelung schützen.

Verkehrsraum und Energie

S. 22 – Grundsätze der Verkehrspolitik

Judith Luthiger bemerkt zur Aussage in Punkt e) „Der rechtsgültige Verkehrsrichtplan 1993 wird bei Bedarf angepasst.“, dass der Verkehrsrichtplan nicht bei Bedarf, sondern zwingend angepasst werden sollte.

S. 22 – Energiestadt Kriens

Judith Luthiger zitiert die Aussage in Punkt a) „Im Rahmen der Möglichkeit (technisch, finanziell) strebt Kriens weiterhin eine möglichst gute Massnahmenbilanz an ...“. Dies ist für die SP ein Lippenbekenntnis. In der Vergangenheit wurden immer wieder Abbaumassnahmen im Energiebereich vorgenommen. Die Visionen a) und b) sollen vorangetrieben werden.

S. 23 – Schlüsselaufgaben der Ortsplanung Kriens

Alfons Graf bemerkt, dass die Wiese auf der rechten Seite der Rainacherstrasse eine Schutzzone ist. Auf dem Plan ist die Wiese aber als Bauzone gekennzeichnet. Wird das dem gleichgestellt?

Matthias Senn antwortet, dass eine Bauzone auch eine Grundwasserschutzzone sein kann. Im Zonenplan ist diese Wiese eine Grünzone.

Planungsbericht

Dazu erfolgen keine Bemerkungen.

Martin Heiz verliest den Beschlusstext:

Der Einwohnerrat der Gemeinde Kriens nimmt in Anwendung von § 26 Abs. 1 lit. d der Gemeindeordnung vom 13. September 2007 den Bericht Nr. 217/2011 des Gemeinderates Kriens vom 23. Februar 2011 über

Planungsbericht***Strategie der räumlichen Entwicklung Kriens***

zur Kenntnis.

Alexander Wili verlangt ein Rückkommen auf den Beschlusstext und beantragt folgende Ergänzung: Der Einwohnerrat der Gemeinde Kriens nimmt (...) Planungsbericht Strategie der räumlichen Entwicklung - *unter Vorbehalt der künftigen Beschlüsse zur Ortsplanung* - zur Kenntnis.

Martin Heiz erklärt, dass zu einem Planungsbericht keine Anträge gestellt werden können und der Beschlusstext daher nicht geändert wird. Die Bemerkung von Alexander Wili wurde ins Protokoll aufgenommen. Man muss sich strikte an die Ordnung halten. Weiter bemerkt der Vorsitzende, dass der Planungsbericht zur Kenntnis genommen wurde. Es gibt keine Abstimmung dazu.

7. Bericht Postulat Urfer: Mehr Sicherheit für die Überquerung der Strasse bei der Johanneskirche

Nr. 122/09

Mario Urfer dankt dem Baudepartement für den Bericht. Sein Anliegen dient dem Schutz einer bestimmten Menschengruppe, für betagte Menschen aus den Heimen Kriens, die aufgrund reduzierter kognitiver Fähigkeiten nicht rechtzeitig oder nicht richtig auf die Gefahren des motorisierten Verkehrs reagieren. Auch sie sollen die Horwerstrasse vom Friedhof/Burgweg kommend sicher überqueren können. Der Bericht zeigt eine Massnahme, die ein Projekt des Rad-

und Fusswegnetzes einbindet und mit einer baulichen Veränderung die Übersichtlichkeit verbessert wird. Dass der Gehweg zwischen Burgweg und Parkplatz verbreitert wird, ist begrüßenswert. Es hat ihn gefreut, in der Baukommission zu hören, dass man mit dem betroffenen Grundeigentümer gute Gespräche führte. Man soll mit ihm ein gutes Einvernehmen haben. Der Fussgängerstreifen ist ein Bauwerk und mehr als nur eine Markierung. Er ist ein Bauwerk, das die sichere Querung von Strassen erlaubt. Entsprechend muss er auch ausgestaltet sein. Die Querungsdistanz minimieren, genügende Sichtbeziehung von und zu den Warteräumen sicherstellen und eine genügende Beleuchtung ist nicht gratis zu haben. Trotz einem schwierigen finanziellen Umfeld hofft der Sprecher, dass die Massnahme in einer mittelfristigen absehbaren Zeit umgesetzt und die Situation verbessert wird.

Gemäss Viktor Bienz hat die Baukommission den vorliegenden Bericht behandelt. Grundsätzlich ist man mit dem Vorgehen einverstanden. Die Kosten von Fr. 160'000.00 findet man aber im Vergleich zur Länge des Weges relativ hoch. Zudem ist der Landerwerb noch nicht einberechnet. Gemeindeammann Matthias Senn äusserte, dass er den Landerwerb im Einvernehmen mit dem Grundeigentümer abwickeln möchte.

Viktor Bienz hält namens der CVP/JCVP-Fraktion fest, dass das im Bericht aufgezeigte Vorgehen ein gangbarer Weg ist, um eine Verbesserung zu erreichen. Beim Landerwerb ist man der Meinung, dass es zu einer gütlichen Lösung kommen muss. Einer Enteignung würde man nicht zustimmen.

Beatrice Kiener teilt namens der FDP-Fraktion mit, dass man hinter dem Postulat steht. Sie dankt dem Postulant, dass er dieses Thema aufgegriffen hat. Jeder, der gelegentlich mit dem Auto unterwegs ist, kennt die brenzlige Situation an besagter Stelle. Man muss vor allem von Horw her kommend aufpassen, wenn man diese Stelle passiert. Die Sichtverhältnisse sind derzeit schlichtweg untragbar. Als Krienserin bzw. Krienser kennt man die Situation vor Ort und weiss sich auch entsprechend zu verhalten - sprich sein Tempo frühzeitig zu drosseln. Aber es passieren auch viele Auswärtige diese Stelle, welche mit der Situation nicht vertraut sind. Dieser Umstand stellt eine konkrete Gefahr für die Sicherheit der Fussgängerinnen bzw. Fussgänger dar. Der Vorschlag, den Gehweg zu verbreitern, stellt eine gute Lösung dar. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass dadurch die Sicht um einiges verbessert und die Sicherheit der Fussgänger erhöht wird. Wenn der Grundstückseigentümer sein Land, welches es zur Verbreiterung des Gehweges braucht, verkaufen wird, appelliert man an den Gemeinderat, dass die Realisierung des Projektes nicht mittelfristig, sondern kurzfristig geschieht. Man möchte keineswegs, dass vorher noch etwas passiert. Es muss schnell gehandelt werden. Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Bemühungen zu diesem Thema.

Martin Heiz hält fest, dass der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

8. Interpellation Luthiger: Unbefriedigende Situation für qualifizierte Pflegefachleute ***Nr. 183/10***

Gemäss Martin Heiz liegt eine schriftliche Antwort vor. Er fragt, ob eine Diskussion verlangt wird.

Judith Luthiger verlangt eine Diskussion.

Martin Heiz stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Judith Luthiger dankt für die Beantwortung. Sie äussert sich zu vier Punkten und bittet den Gemeinderat, eine Frage zu beantworten.

Zur Frage 2:

Wenn man die Kosten von ca. Fr. 200'000.00 für temporäres Personal 2010 anschaut, so stellt sich die berechnete Frage, ob die Gemeinde Kriens dieses Geld nicht besser für angemessene Löhne ausgeben sollte. Mit welchem Betrag rechnet der Gemeinderat für das Budget 2012 für Temporärkräfte?

Zur Frage 3:

Hier ist zu bemerken, dass die Kündigungsrate einen starken Aufwärtstrend ausweist und auf hohem Niveau verharrt.

Zur Frage 6:

Die aufgezeigten Lösungsstrategien der Gemeinde, damit qualifizierte Pflegefachleute in Kriens bleiben, sind Wunschdenken und entsprechen nicht der heutigen Realität. Gute Arbeitsbedingungen mit marktgerechter Entlohnung sind noch in weiter Ferne.

Zur Frage 8:

Endlich hat man die Kostenwahrheit auf dem Tisch. In den umliegenden Agglogemeinden erhalten Pflegefachleute zwischen Fr. 300.00 bis Fr. 800.00 mehr Lohn pro Monat für die gleiche Arbeit. Die Gemeinde Kriens hat hier dringenden Handlungsbedarf. Das gute Arbeitsklima, nahe Arbeitswege und die kleine Lohnerhöhung sind sicher positiv zu werten, aber neue Leute zu finden, das dürfte unter diesen Voraussetzungen sehr schwierig werden. In Anbetracht, dass sich die Zahl der über 80-jährigen in den nächsten Jahren verdoppeln wird, und man unweigerlich Pflegepersonal benötigen wird, hofft die Sprecherin, dass man bald in der Lage sein wird, marktgerechte Löhne zu zahlen.

Räto Camenisch findet die Antwort des Gemeinderates vernünftig. Es wird dargestellt, dass die Löhne an der unteren Grenze sind und dass man sich Mühe gibt. Das Mittelfeld zwischen den diplomierten Pflegefachleuten und den ungelehrten Personen wird immer grösser. Dass der Anteil von Pflegefachleuten zurückgeht, ist eine schweizweite Entwicklung. Beim täglichen Kontakt mit Kranken muss nicht jeder ein Diplom haben. Weiter hält er fest, dass das Führungshandbuch keinen Spielraum lässt. Man verlangt eine straffe Führung. Wenn die Bedingungen ändern, sollte man sich anpassen. Es gibt durchaus Personen, welche mehr talentiert sind für gewisse Aufgaben. Die Führung sollte flexibel sein und es soll auf die einzelnen Personen eingegangen werden.

Monika Marbacher fragt sich, ob qualifizierte Pflegefachpersonen, die gut in ihrem Beruf sind, Kriens als Arbeitsort wählen. Die Antwort liegt auf der Hand: Nein. Wer nimmt denn einen tieferen Lohn von Fr. 300.00 bis 800.00 in Kauf? Also wählt man einen anderen optimaleren Arbeitsort. Die Sprecherin würde dasselbe tun. Hätte sie ihre Angehörigen in den Krienser Heimen, wünschte sie sich in erster Linie eine qualifizierte Pflege und ganz klar, dass die Pflegefachpersonen auch anständig entlohnt werden müssen. Eine Lohnerhöhung von Fr. 175.00

ist ein Klacks. Der Gemeinderat tut also gut daran, im nächsten Budget die Löhne der qualifizierten Pflegefachleute weiter anzuheben, damit Kriens langsam aber sicher der Konkurrenz in Luzern und Umgebung die Stange halten kann.

Johanna Dalla Bona könnte Kriens trotzdem als Arbeitsort wählen, auch wenn nicht top entlohnt wird. Im Namen der FDP-Fraktion dankt sie für die Beantwortung der Fragen. Die Antworten zeigen auf, dass sich die qualifizierten Pflegefachleute in den Heimen Kriens, mit Ausnahme der Lohnsituation, über eine gute Arbeitsstelle freuen dürfen. Ein Betrieb mit einem guten Arbeitsklima, eine gegenseitige hohe Wertschätzung und offene Ohren bei Wünschen der Mitarbeitenden in Bezug auf Weiterbildung. Das ist mitunter ein Grund, wieso die Fluktuationsrate mit 11 - 16 Prozent trotz Lohnsituation im Normalbereich liegt, gegenüber Zug mit Fluktuationsraten von 22 - 35 Prozent gar deutlich tiefer liegt. Die Kündigungsgründe zeigen auch klar auf, dass ganz andere Punkte entscheiden, wieso jemand die Arbeitsstelle wechselt. Lange Dienstzeiten bei alten, kranken und behinderten Menschen fordern die Pflegemitarbeitenden auch bei bester Lohnzahlung und Betriebssituation enorm. Es wird viel Engagement, Geduld, Ausdauer und Nächstenliebe verlangt. Da kommt mit der Zeit der Wunsch nach einer neuen Herausforderung beim einen oder andern auf. Mit der Anpassung des Lohnes für qualifizierte Pflegefachleute darf man in Kriens von einer befriedigenden Situation für die Betroffenen sprechen. Dank aktiver Suche konnten auch alle Stellen neu besetzt werden. Das ist positiv, denn die Kandidatenauswahl ist gering und dies nicht nur in Kriens, sondern überall. Über „Curaviva“ ist die Homepage der Heime Kriens immer noch nicht aufgeschaltet. Diplomiertes Pflegepersonal orientiert sich sehr häufig über diese Seite betreffend offener Stellen. Dies unterstützt eine aktive Suche.

Bruno Bienz führt aus, dass dieses Problem den Grünen schon seit einiger Zeit Magenprobleme bereitet. Es ist viel gesprochen, geschrieben und behauptet worden.

Zur Frage 3:

Ob die Fluktuationsrate beim Pflegepersonal im Normbereich liegt, ist vielfach eine Interpretationssache. Er fragt sich aber schon, wenn fünf Pflegefachfrauen im gleichen Zeitraum kündigen und dies als normale Fluktuation bezeichnet wird, was noch als normal bezeichnet werden kann.

Zur Frage 7:

Der Lohn ist sicher nicht das einzige Kriterium für einen Stellenwechsel. Das Klima und andere Faktoren sind ebenso wichtig. Wie der Gemeinderat hier ausführt, kann und wird es mit internen Ungleichheiten beim Lohn früher oder später zu unzufriedenem Personal kommen. Vor allem bei Mitarbeitenden, die seit Jahren den Heimen Kriens treu sind und einen guten Job machen. Das führt zu Frustration und zu Arbeit nach Vorschrift. Das kann sicher nicht das Ziel der Gemeinde sein. Ein menschlich und kompetent geführtes Heim ist für die Gemeinde ein Aushängeschild.

Zur Frage 8:

Endlich wird auch von der Verwaltung die effektive Differenz erkannt. Fr. 300.00 bis 800.00 ist aber eine zu grosse Spannweite. Er denkt, dass man bei Fr. 800.00 eher auf dem richtigen Pfad ist.

Die Grünen wollen hier endlich Lösungsansätze sehen und nicht immer Vertröstungen. Die im Budget 2011 gesprochenen Fr. 175.00 sind nur ein „Pflästerli“ auf einer grossen Wunde. Wenn diese Wunde sich entzündet, kann es plötzlich zu spät sein und sie kann nur mit grossem Aufwand wieder geheilt werden.

Gemäss Ursula Müller teilt die CVP/JCVP-Fraktion die Ansicht, dass die Situation unbefriedigend ist. Man dankt dem Gemeinderat für die aufschlussreichen Antworten. Auf der einen Seite liegt ein genereller Mangel an Pflegeleuten vor, auf der anderen Seite hat man aufgrund der vergleichsmässig tieferen Löhne hohe Rekrutierungskosten bei der Anstellung von Pflegepersonal. Der Bericht des Gemeinderates zeigt eindrücklich auf, dass der Ausbildungsaufwand immer ansteigt und dass gleichzeitig der Kostendruck dazu führt, dass der Anteil an nicht diplomiertem Pflegepersonal immer mehr zunimmt. Trotzdem liegen die Kündigungen in den letzten fünf Jahren im Normbereich. Als Grund für eine Kündigung wird die Lohnsituation und Unzufriedenheit mit der betrieblichen Situation überraschenderweise erst weit hinten erwähnt. Bei Neuanstellungen ist daher die Lohnfrage offenbar zentral. Hier muss Kriens dafür sorgen, dass die Löhne für diplomiertes Pflegepersonal mit denen der Agglomeration mithalten können. Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt es daher, dass der Gemeinderat in einem ersten Schritt die Löhne der qualifizierten Pflegefachleute erhöht hat. Diesem Schritt haben aber nächste Schritte zu folgen, wenn man qualitativ gute Heime in Kriens haben möchte.

Gemäss Lothar Sidler sollte das oberste Ziel der Heime gutes Personal und gute Pflege sein. Die Frage ist, wie dies erreicht wird. Der Gemeinderat sieht es nicht so negativ, wie geäussert wurde. Das Lohnniveau bei den Heimen ist nicht so hoch wie bei anderen Gemeinden. Es wurden aber Massnahmen ergriffen. Beim nicht diplomierten Pflegepersonal entspricht das Lohnniveau den umliegenden Gemeinden. Bei temporären Aushilfen können die Lohnkosten kaum gesenkt werden. Es wurde geäussert, dass die Strategie des Gemeinderats reines Wunschdenken sei. Dies ist aber nicht so. Das Lohnniveau bei dem diplomierten Mitarbeitenden wurde angepasst. Man ist nun im Bereich der umliegenden Gemeinden. Die niedrige Fluktuationsrate zeigt, dass man auf dem richtigen Weg ist. Die Ausführungen von Räto Camenisch zum Managementhandbuch lösen das Problem auch nicht. Die pflegenden Personen haben die Verantwortung, dass die Pflege richtig ist und kein Schadenfall entsteht. Dies muss geregelt werden. Mit einer flexiblen Führungshandlung kann man keine Kosten sparen. Zur Homepage bemerkt er, dass diese angepasst und in die Homepage der Gemeinde Kriens integriert wurde. Zur Frage, wie viel Geld für temporäre Kräfte im Jahr 2011 budgetiert wurde, kann er so nicht sagen, da dies im Personalaufwand enthalten ist. Er kann dies aber abklären.

9. Interpellation Graber: Tests der Schweizerischen Post zur Briefzustellung in Kriens ***Nr. 188/10***

Gemäss Martin Heiz liegt eine schriftliche Antwort vor. Er fragt, ob eine Diskussion verlangt wird.

Monika Marbacher stellt im Namen von Kathrin Graber den Antrag, dieses Traktandum auf die nächste Sitzung zu verschieben, da Kathrin Graber nicht mehr anwesend ist.

Martin Heiz stellt fest, dass niemand opponiert. Deshalb wird das Traktandum auf die Sitzung vom 26. Mai vertagt.

10. Postulat Urfer: Mitwirkung für eine Tangentiallinie (Buslinie), über das Renggloch **Nr. 198/10**

Gemäss Martin Heiz opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung.

Gemäss Mario Urfer anerkennt die SP die geleistete Arbeit des Gemeinderates. Dass eine Umsetzung und Realisierung nur mit der Beteiligung der betroffenen Gemeinden möglich ist, versteht sich. In der Begründung untermauert der Gemeinderat die Notwendigkeit der Forderung für mehr Sicherheit im Abschnitt Renggloch. Leider wurde der Antrag im Kantonsrat betreffend Änderung des Bauprogramms im November 2010 abgewiesen. Die Karten werden am Sonntag im Kantonsrat neu gemischt. Deshalb ist es richtig, wenn der Gemeinderat vom Parlament den Auftrag erhält, weiter für die drittgrösste Gemeinde des Kantons zu weibeln und kund zu tun, dass man mit dem Kanton betreffs der Verkehrssituation nicht zufrieden ist. Der Kantonsingenieur sagte im Zusammenhang mit dem Gespräch des Hochbahnkomitees: "Es sei zu prüfen, ob die Verbesserung der Rengglochstrasse auf Luzerner Seite gefordert werden soll." Da dies für Luzern-Littau keine Priorität hat, soll politischer Druck gemacht werden. Unbestritten ist auch eine tangentielle Linienenergänzung, um die Linie 1 und den Bahnhof zu entlasten. Im Mai 2009 stand in der Medienmitteilung der vbl, dass der Renggloch-Express ein Riesenerfolg verzeichnet. Seit dem Vorstoss von Kathrin Graber sind nun bald drei Jahre vergangen und nichts ist passiert. Wenn es beim Kanton und den Verbänden heisst, die Krienser seien „Störmi“, dann wurde man wenigstens erhört. Er bittet das Parlament, das Postulat zu überweisen.

Cyрил Wiget betont, dass der Gemeinderat das Anliegen unterstützt. Die Ablehnung erfolgt einzig aus dem Grund, da zu diesem Thema bereits ein ausführlicher Planungsbericht vorliegt. Es macht deshalb wenig Sinn, nochmals einen solchen Bericht zu erstellen. Es ist ihm ein Anliegen, dass die Berichte durch den Einwohnerrat zur Kenntnis genommen werden. Ansonsten führt es zu Schreibübungen. Obwohl die Planung beim Kanton zurückgestellt wurde, ist das Anliegen wieder dringender, da die Rengglochstrasse am rutschen ist. Die Planung wird nun wieder vorgezogen.

Räto Camenisch erwartet mehr Druck bei den Verkehrsproblemen der Gemeinde Kriens. Jetzt, wo viele mit einem sechs Achser über die Rengglochstrasse fahren, lässt man die Strasse einfach sein. Die Krienser lassen sich dies gefallen. Der Kanton hat für den Seetalplatz, Tiefbahnhof usw. Geld gesprochen. Er verlangt vom Gemeinderat, dass er in einer anderen Art und Weise beim Kanton vorstellig wird, als nur einen Brief zu schreiben. Er appelliert an die Kantonsräte, diesbezüglich etwas zu unternehmen.

Roland Schweizer hält fest, dass der gefürchtete Topf B im kantonalen Investitionsprogramm fast gleichbedeutend wie der Tod dieser Projekte ist. Denn wer weiss heute schon, ob der Kanton in der Investitionsphase 2015 bis 2018 genügend Geld hat, um alle enthaltenen Projekte zu realisieren? Aus diesem Grund will er das Postulat Urfer unter das Motto „steter Tropfen höhlt den Stein“ stellen. Denn nur wer sich immer wieder für seine Projekte stark macht und dies auch kommuniziert, hat die Chance, gehört zu werden. Bereits 2008 hat die CVP/JCVP-Fraktion ein ähnliches Postulat eingereicht und es wurde damals überwiesen. Bewirkt hat es leider noch nichts. Mit der Überweisung des Postulats Urfer stärkt man dem Gemeinderat den Rücken, damit er noch stärker für den Ausbau der Rengglochstrasse und damit der Realisierung der Tangential-Buslinie beim Kanton eintreten kann. Wer die Strasse im starken Verkehr befahren muss, weiss was es heisst, wenn 20-Töner-Lastwagen entgegenkommen und auf der

eigenen Fahrbahn gleichzeitig ein Velofahrer in seiner Spur fährt. Mit dem Ausbau der Strecke und der Einführung einer Tangential-Buslinie wird das Verkehrsproblem in diesem Bereich stark entschärft. Arbeitstätige aus dem Hinterland, die heute mit ihren PW's das Renggloch frequentieren, könnten in Malters mit einem „Park and Ride“ den öffentlichen Verkehr nutzen. Im heutigen Ausbaustandard des Rengglochs ist ein öffentliches Busnetz nicht denkbar. Aus diesem Grund ist die CVP/JCVP-Fraktion für die Überweisung des Postulats.

Gemäss Alexander Wili ist die FDP ebenfalls für die Überweisung des Postulats. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat abzulehnen, da er schon alles machte, was er kann. Wenn dieser das Anliegen aber unterstützt, kann er doch keine Ablehnung publizieren. Alle, die nicht wissen wie es in einem Parlament zu und her geht, meinen der Gemeinderat sei für eine Ablehnung des Vorstosses. Es geht nicht nur um eine Radroute, sondern um eine Strasse für jeden Verkehr, auch den motorisierten Verkehr.

Maurus Frey führt aus, dass die Grünen das Anliegen der SP und den Ruf nach neuen ÖV-Lösungen unterstützen. Der Gemeinderat hat bereits im Jahr 2009 mit einem Planungsbericht die möglichen Grundlagen für die Realisierung der Tangentiallinie geschaffen. Ein Bericht mehr bringt die Gemeinde nicht näher ans Ziel. Der Gemeinderat soll die Zeit nutzen für direktes Lobbying beim Zweckverband, der vbl und dem Kanton. Mit diesem Postulat wird der Gemeinderat wieder daran erinnert, dass dies ein Anliegen ist. Die Grünen sind für die Überweisung des Postulats.

Jennifer Maldonado unterstützt die Meinung von Maurus Frey und die Überweisung des Postulats.

Cyrill Wiget stellt fest, dass etwas verwechselt wird. Man arbeitet stundenlang an der politischen Gesamtplanung. Man könnte zu jeder Seite einen Vorstoss einreichen. Der Gemeinderat möchte aber vorwärts kommen. Man versucht, ein Lobbying zu betreiben, dies muss aber stufengerecht beim Kanton gemacht werden.

Abstimmung

Mit 33 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Gräf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja

Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

11. Postulat Urfer: Einheitliche Handhabung der Ausweiskarte für Reisende mit einer Behinderung **Nr. 199/10**

Gemäss Martin Heiz ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Er fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

12. Motion Piazza: Audio-Einwohnerratsprotokoll **Nr. 210/11**

Monika Marbacher beantragt im Namen von Daniel Piazza, dieses Traktandum auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Martin Heiz stellt fest, dass niemand opponiert. Deshalb wird das Traktandum auf die Sitzung vom 26. Mai vertagt.

13. Bericht Postulat Wili: Verselbständigung von Gemeindebetrieben **Nr. 127/09**

Alexander Wili dankt dem Gemeinderat für den Bericht. Wenn man über eine Fusion spricht, werden gewisse Geschäfte blockiert. Dies ist so ein Beispiel. Er nimmt es zur Kenntnis, dass man erst auf eine Verselbständigung zurückkommt, wenn die Fusion abgelehnt wird.

Gemäss Paul Winiker hat sich der Gemeinderat mit dem Postulat schwer getan, da die Strukturfrage der Gemeinde noch nicht geklärt ist. Wenn man die Verselbständigung eines Betriebsteils nun intensiv planen würde, wäre dies vergebene Mühe. Er warnt davor, dass man mit einer Verselbständigung die betrieblichen Probleme nicht löst. Zuerst muss man eine griffige und vernünftige Strategie haben und dann die Struktur erstellen. Ausgliederungen erwiesen sich nicht überall als Patentrezept. Man muss sich bewusst sein, dass Ausgliederungen nur dann

sinnvoll sind, wenn diese nicht im Widerspruch mit der Eigentümerstrategie sind, welche politische Aufträge hat. Wenn die Grundlage eines Betriebes durch den Gesetzgeber geregelt ist, ist eine Ausgliederung an eine andere Trägerschaft einfacher. Dies ist aber ein komplexes Thema. In der Gemeindeordnung ist ausdrücklich festgehalten, dass die Wasserversorgung nicht ausgelagert wird. Bei einer verstärkten Kooperation oder dem Status quo steht eine Verselbständigung gewisser Bereiche auf der politischen Agenda.

Hans Fluder stellt namens der SVP-Fraktion fest, dass in letzter Zeit immer wieder Vorstösse gemacht werden, wie Verselbständigung von Gemeindebetrieben mit Aktienmehrheits-Beteiligung der Gemeinde. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man solche Vorstösse zurückstellen und abwarten soll, wie die Fusionsabstimmung ausfällt. Danach ist die SVP auch der Meinung, dass solche Themen diskutiert werden müssen. Wichtig für die Gemeinde ist, dass auch in den nächsten Jahren haushälterisch mit dem Geld umgegangen und gespart wird. Falls man Einsparungen machen kann und dies der Gemeinde dient, ist die SVP auch für Lösungen bereit.

Christine Kaufmann äussert, dass die CVP/JCVP-Fraktion dem Bericht zustimmt. Man ist der Meinung, dass nicht nur finanzielle Kriterien für eine Verselbständigung ausschlaggebend sein dürfen. Zudem dürfen durch Verselbständigungen keine Nachteile für die Bevölkerung entstehen. Die Sprecherin hat selber in einem Betrieb gearbeitet, der ausgegliedert wurde. Das Controlling hat dann vollständig versagt. Diesen Betrieb gibt es heute nicht mehr.

Judith Luthiger bemerkt namens der SP-Fraktion, dass eine Überprüfung a priori nicht nur schlecht ist. Die Verselbständigung von Gemeindebetrieben ist jedoch für die Krienserinnen und Krienser eine sehr sensible Sache. Die SP-Fraktion nimmt dies sehr ernst. Die Wasserversorgung etwa ist unbestritten ein wichtiges Gut für die Bevölkerung. Frühere Abstimmungen und intensive Verhandlungen hier im Einwohnerrat haben gezeigt, dass eine überwältigende Mehrheit gegen eine Verselbständigung ist. Man hat sogar in der Gemeindeordnung einen Passus dazu aufgenommen, gerade weil die eigene Wasserversorgung so wichtig ist. Die SP stellt sich entschieden gegen die Verselbständigung der Wasserversorgung. Man fragt sich auch, ob man sich nicht zu viel von der Verselbständigung von Gemeindebetrieben verspricht. Wäre die finanzielle Situation eine komplett andere, so würden sich diese Fragen vielleicht gar nicht in diesem Ausmass stellen. Im Bereich Gesundheit wird jetzt das „Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens“ angegangen. Bevor man Schnellschüsse Richtung Verselbständigung macht, soll erst gründlich geprüft werden. Man kann aus den Erfahrungen von Emmen mit dem Alters- und Pflegeheim profitieren und sollte erst mal diese Entwicklung mitverfolgen. Wenn Gemeindebetriebe verselbständigt werden, so übernehmen diese auch Verantwortung und bekommen Kompetenzen. Was im Moment aber passiert, ist, dass bürgerliche Kreise aus finanziellen Gründen die Verselbständigung zwar fordern, gleichzeitig aber das Mitspracherecht und die Entscheidungskompetenzen nicht abgeben wollen. Was ist so schlecht daran, wenn die Gemeinde öffentliche Aufgaben übernimmt? Wenn beispielsweise das Schwimmbad verselbständigt würde: Was würde ein Investor tun, wenn er wiederholt schlechtes Wetter während der Sommermonate hätte mit dementsprechend weniger Badegästen? Jetzt trägt die Gemeinde das Betriebsrisiko. Die Gemeinde soll gewisse Aufgaben behalten und für den Service Public einstehen. Auch soll jetzt zuerst die Abstimmung zur „Starken Stadtregion“ durchgeführt werden. Das ergibt auch wieder eine neue Ausgangslage.

Erich Tschümperlin führt aus, dass der Postulant mit der Verselbständigung Geld sparen will. Eine Verselbständigung von Gemeindewerken und Abteilungen kann tatsächlich Kosten sparen, vor allem wenn damit ein Leistungsabbau oder tiefere Löhne verbunden sind. Es gibt aber auch Beispiele, wo die Leistung gleich bleibt und einfach der Preis steigt. Die Strommarkt-Liberalisierung ist ein schönes Beispiel dafür. Wenn man ein wenig über die Grenzen schaut, findet man schnell noch schlimmere Beispiele, z.B. die Privatisierung der Eisenbahn in England oder die Privatisierung der Wasserversorgung in Frankreich. Wenn man in Kriens schaut, dann ist das Badi-Restaurant ein Beispiel dafür, dass ein Privater nicht automatisch alles besser macht als die Gemeinde und am Schluss bleibt erst noch mehr in der Kasse. In der Wirtschaft wird aus Effizienzgründen fusioniert. Grössere Einheiten sind rationeller. Man brauche eine gewisse Grösse, sagt die Wirtschaft, sagen die Wirtschaftsparteien. Dieser Vorstoss verlangt das Gegenteil. Kleine Firmen für kleine und kleinste Aufgaben. Das bedeutet z.B. eine eigene Verwaltung, Personal-Reglemente, Pensionskasse etc. und das alles wegen wenigen Angestellten. Das kann a priori nicht billiger werden, ausser man spart bei den Löhnen oder den Leistungen. Wenn es also wirklich günstiger werden soll, dann bezahlen das die Angestellten oder die Kunden, in diesem Fall die Krienserinnen und Krienser. Man fragt sich, welche Aufgaben die Gemeinde in den Augen der Unterzeichner noch wahrnehmen soll. Soll sich die Gemeinde ganz vom Service public verabschieden? Müssen Leistungen wie Feuerwehr und Wasserversorgung so billig wie möglich sein oder so gut wie nötig? Möchte man die Qualität des Service public nicht in eigenen Händen behalten? Die Grünen meinen schon und glauben nicht daran, dass Auslagerungen immer günstiger sind. Zur Auffrischung zitiert der Sprecher, was unter „Service Public“ verstanden wird: „Service public umfasst eine politisch definierte Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen.“ Abschliessend bemerkt er, dass die Grünen sehr überrascht sind, dass die FDP gerade die Wasserversorgung für eine Verselbständigung vorschlägt. Hat man doch zusammen mit der FDP in der Gemeindeordnung vor kurzer Zeit gerade dies ausdrücklich verhindert. Er weiss nicht, ob dieses Bekenntnis der FDP allen heutigen Einwohnerräten bekannt ist oder ob die FDP ihre Meinung hier um 180 Grad gedreht hat.

Alexander Wili stellt fest, dass einige eine falsche Vorstellung des Begriffs „Verselbständigung“ haben. Dies heisst nämlich nicht, etwas aus der Hand geben, denn ein ausgelagerter Betrieb kann zu 100 Prozent zur Gemeinde gehören. Ausser dieser wird an jemand Privates verkauft. Eine Verselbständigung bedeutet nicht Verkauf, sondern eine eigene Rechtsversorgung.

Erich Tschümperlin bemerkt, dass die Feuerwehr beispielsweise den Personaldienst der Gemeinde in Anspruch nehmen kann. Wenn dies aber selber organisiert werden muss, ist er nicht sicher, ob dies günstiger wird. Wenn das Ganze konkret wird, muss man sicher intensiv darüber diskutieren.

Martin Heiz informiert, dass dieser Vorstoss im Kompetenzbereich des Einwohnerrates liegt. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 27:5 Stimmen als erledigt abgeschrieben.

Aakti, Brahim	ja, als erledigt abschreiben
Bienz, Bruno	ja, als erledigt abschreiben
Bienz, Viktor	ja, als erledigt abschreiben
Bründler, Anton	nein, nicht als erledigt abschreiben
Camenisch, Rätö	nein, nicht als erledigt abschreiben
Dalla Bona, Johanna	ja, als erledigt abschreiben
Erni, Roger	ja, als erledigt abschreiben
Fluder, Hans	ja, als erledigt abschreiben
Frey, Maurus	ja, als erledigt abschreiben
Graf, Alfons	ja, als erledigt abschreiben
Günter, Michael	ja, als erledigt abschreiben
Hahn, Alex	ja, als erledigt abschreiben
Heini, Martin	ja, als erledigt abschreiben
Kalt, Mirjam	ja, als erledigt abschreiben
Kaufmann, Christine	ja, als erledigt abschreiben
Kiener, Beatrice	ja, als erledigt abschreiben
Koch, Patrick	nein, nicht als erledigt abschreiben
Konrad, Simon	nein, nicht als erledigt abschreiben
Lammer, Thomas	ja, als erledigt abschreiben
Luthiger, Judith	ja, als erledigt abschreiben
Maldonado, Jennifer	ja, als erledigt abschreiben
Marbacher, Monika	ja, als erledigt abschreiben
Müller, Ursula	ja, als erledigt abschreiben
Nyfele, Nicole	ja, als erledigt abschreiben
Portmann, Peter	nein, nicht als erledigt abschreiben
Schilling, Mauro	ja, als erledigt abschreiben
Schwizer, Roland	ja, als erledigt abschreiben
Tanner, Beat	ja, als erledigt abschreiben
Tschümperlin, Erich	ja, als erledigt abschreiben
Urfer, Mario	ja, als erledigt abschreiben
Wespi, Peter	ja, als erledigt abschreiben
Wicki Roth, Verena	ja, als erledigt abschreiben
Wili, Alexander	Enthaltung

14. Interpellation Wili: Platzsituation in den Pflegeheimen Nr. 200/10

Gemäss Martin Heiz liegt eine schriftliche Antwort vor. Er fragt, ob eine Diskussion verlangt wird.

Alexander Wili verlangt eine Diskussion.

Martin Heiz stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Alexander Wili informiert, dass der Ausschuss der Groupe politique 60plus die Beantwortung des Gemeinderates diskutierte und aus folgenden Gründen nicht damit zufrieden ist:

- Es betrübt die Tatsache, dass für die einheimischen Pflegebedürftigen zu wenig Platz vorhanden ist und dass die alten Mitbürgerinnen und Mitbürger auf verschiedene Altersheime in anderen Gemeinden verlegt werden müssen. Dieser Zustand ist für viele Familien unerträglich. Je schwächer und je pflegebedürftiger eine Person wird, umso mehr braucht sie den Umgang mit vertrauten Personen und an einem Ort, der Heimatgefühl weckt und nicht

- das Gefühl, abgewiesen oder abgeschoben zu sein. Bei Fremdunterbringungen sind auch die Besuchsmöglichkeiten erschwert.
- Das Problem ist in diesem Rat schon mehrfach behandelt worden. Der Sprecher verweist auf die Petition der Groupe Politique 60plus vom Mai 2009, auf das Postulat Dalla Bona vom Oktober 2008 und auf das Postulat Tschümperlin vom Juni 2009. Die Beantwortung vom Februar 2011 lässt zwar die Möglichkeit für Neu- und Umbauten offen. Der Hinweis auf weitere Abklärungen erweckt aber die Befürchtung, dass weiterhin in nächster Zeit nichts aktiv vorangetrieben wird.
 - Mit Rücksicht auf die Sparübungen wäre es wünschenswert, private Investoren für ein Pflegeheim, ein Alterheim oder für betreutes Wohnen zu suchen und auf deren Erfahrungen abzustellen. Der Sprecher bittet den Gemeinderat, mehr Schwung in die Behebung der jetzt unerträglichen Situation zu bringen.

Lothar Sidler bezieht sich auf den Vorwurf, dass man nichts unternimmt. Dies ist aber falsch. Man hat den Auftrag gefasst, die Pflegesituation in Kriens zu verbessern. Es liegen zurzeit zwei Projekte vor: Machbarkeitsstudie Grossfeld und das Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens. Der Gemeinderat wird diese im Juni behandeln und die Strategie festlegen. Im September wird der Einwohnerrat informiert. Dies wurde bereits mehrfach mitgeteilt und ist auch in der Jahresplanung festgehalten. Wenn man diese Berichte liest, kann man nicht sagen, dass der Gemeinderat nichts unternimmt.

15. Motion Günter: Mitspracherecht des Einwohnerrates bei Planungskrediten **Nr. 214/11**

Martin Heiz informiert, dass die Geschäftsleitung gegen die Überweisung als Motion opponiert und die Überweisung als Postulat beantragt. Er fragt den Motionär an, ob er an der Motion festhalten will.

Michael Günter hält grundsätzlich an seiner Motion fest, da diese verbindlicher ist als ein Postulat. Sollte die Überweisung als Motion aber nicht zu Stande kommen, beantragt er eine Abstimmung als Postulat.

Johanna Dalla Bona hält einleitend fest, dass die Bemerkungen nicht bindend sind. Daher wird die Überweisung als Postulat beantragt. Die Grundlagen für die Behandlung eines Planungskredites sind in der Geschäftsordnung des Einwohnerrates geregelt. Der Gemeinderat präsentiert mit einem Bericht und Antrag einen Projektvorschlag und beantragt die dafür berechneten Planungskosten. Ist man mit dem Projektvorschlag nicht einverstanden, so kann dieser Antrag zurückgewiesen oder abgelehnt werden. Änderungen des Projektes während der laufenden Parlamentsdebatte sind nicht möglich. Dies ist auch gut so, denn Änderungen an der Grundlösung des Gemeinderates sollen seriös abgeklärt und nicht in einem Schnellschuss und ohne überprüfte Fakten entschieden werden. Der Einwohnerrat hat die Möglichkeit, bei der Rückweisung oder Ablehnung eines Planungskredites die Gründe dafür aufzuzeigen, welche im Protokoll aufgelistet werden. Zum heutigen Zeitpunkt hat er nicht die Möglichkeit, dies mittels Bemerkungen zu tun, denn bei der Überarbeitung der neuen Geschäftsordnung des Einwohnerrates wurde unter „parlamentarische Instrumente“ auf Bemerkungen verzichtet. Dabei ergaben vor allem die Konsequenzen von Bemerkungen sehr kontroverse Diskussionen. Der Einwohnerrat ist eine strategische Behörde und erteilt den Auftrag. Der Gemeinderat ist die operative Behörde

und setzt den Auftrag um. Es ist wichtig, dass diese Funktionen klar getrennt sind und das operative Geschäft den Fachleuten überlassen wird. Damit die Umsetzung aber auch wirklich im Sinne der Legislative ist, wurde die Kompetenzgrenze des Gemeinderates für Planungskredite bewusst auf einen eher tiefen Betrag fixiert. So kann zu einem möglichst frühen Zeitpunkt die Mehrheit des Parlamentes entscheiden, ob die Planung in die richtige Richtung geht. Die Grundlagen betreffend Mitspracherecht des Einwohnerrates sind geregelt. Daher empfiehlt die Geschäftsleitung, diese Motion abzulehnen. Sie hat aber aufgrund von Erfahrungen in der Vergangenheit ein gewisses Unbehagen. Forderungen von Fraktionen wurden bei einer zweiten Behandlung nicht berücksichtigt oder als Variante eingebracht. Daher ist die Geschäftsleitung bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Dies gibt ihr die Gelegenheit, einen Vorschlag für die Wiedereinführung von Bemerkungen zu unterbreiten. Es bleibt jedoch dabei, dass auch für Bemerkungen eine Mehrheit des Parlaments nötig ist und die Gewichtigkeit von Bemerkungen nach wie vor relativ offen und nicht bindend ist. Im Sinne dieser Ausführungen empfiehlt die Geschäftsleitung die Überweisung als Postulat.

Michael Günter will mit seiner Motion die Mitspracherechte des Einwohnerrates bei Planungen und Planungskrediten stärken und fordert dazu zwei Massnahmen. Gemäss der Geschäftsleitung verletzt dies die Einheit der Materie. Seines Erachtens sollte es zwar zulässig sein, in einem Vorstoss zwei Massnahmen zu fordern, welche das gleiche Ziel haben. Um jedoch nicht zu viel Aufheben zu machen, verzichtet er auf den zweiten Teil der Motion, welche verlangt, dass die Baukommission bereits im Wettbewerbsstadium miteinbezogen wird. Über den Ton und die Polemik in der Stellungnahme der Geschäftsleitung hat er sich sehr gewundert. Wenn da von schlechtem politischen Stil und Negierung demokratischer Entscheide geschrieben wird, ist dies schlicht und einfach Polemik ohne sachlich Hand und Fuss zu haben. Wenn gegenwärtig B+A zu Planungskrediten in den Einwohnerrat kommen, hat dieser nur die Möglichkeit, Ja oder Nein zu sagen oder die Sache zurückzuweisen. Dies ist unzweckmässig, unproduktiv und Geldverschwendung.

Der B+A zur Hergiswaldbrücke wurde zurückgewiesen. Beim zweiten B+A sah sich der Einwohnerrat aber wieder mit dem genau gleichen Projekt, im genau gleichen Umfang konfrontiert. Man diskutierte ein zweites Mal über genau dieselbe Sache. Diese zweimalige Diskussion hat nichts gebracht. Oder eben: „Ausser Spesen nichts gewesen.“ An der Budgetsitzung diskutierte man dann noch ein drittes Mal über die Planung der Brücke. Es wäre um ein vielfaches effizienter gewesen, wenn man beim ersten Bericht materiell hätte eingreifen und beispielsweise festlegen können, dass man einen Planungskredit zur Planung einer Brücke für 1,5 oder 2 Millionen Franken gewährt. Der Einwohnerrat genehmigt den Baukredit. Er soll bereits im Rahmen der Planung sagen können, wie das Bestellte aussehen soll. Die Motion soll bezwecken, dass dies zukünftig möglich sein soll. Sie bezweckt auch, dass ein B+A nicht einfach abgelehnt oder zurückgewiesen werden muss, sondern dass dieser mit einer Änderung, z. B. was den Umfang des zu planenden Projektes anbelangt, überwiesen werden kann. Der Einwohnerrat soll sich nicht unnötigerweise mehrmals mit der gleichen Diskussion auseinandersetzen. So wird der Ratsbetrieb effizienter und kostengünstiger. Auf das Beispiel der Badi verzichtet der Sprecher aus Zeitgründen und bemerkt, dass man versuchte, mit Motionen das Projekt zu verändern. Auch dies führte dazu, dass zweimal über die Badiplanung diskutiert werden musste ohne ein zusätzlicher Nutzen. Mit der Motion wäre es zukünftig möglich, dass entsprechende Diskussionen bereits mit der Behandlung des B+A stattfinden können. Der Entscheid der Badi wurde gefällt. Auch die Hergiswaldbrücke ist zumindest mal in der Planung. An diesen Entscheiden gibt es nichts zu rütteln. Diese demokratischen Entscheide sollen auch nicht negiert werden. Wer etwas anderes behauptet, hat offenbar das Kernanliegen der Motion nicht verstanden.

Verena Wicki bemerkt namens der CVP/JCVP-Fraktion und stellvertretend für Kathrin Graber, dass es auch ein Anliegen ist, im Rahmen des Planungskredites Wünsche für ein künftiges Bauprojekt äussern zu können. Dies sollte im Interesse eines effizienten Ratsbetriebes möglich sein. Auch für den Gemeinderat ist es hilfreich, wenn er bereits im Rahmen des Planungskredites weiss, ob eine Mehrheit des Parlamentes das Projekt, wie er es plant, voraussichtlich unterstützen wird. Wie soll der Einwohnerrat bereits im Rahmen des Planungskredites Einfluss auf den Baukredit nehmen können? Geht es doch vorerst um den Planungskredit. Im Rahmen dieses Geschäfts sind nach den bisherigen Regelungen keine verbindlichen Vorgaben für das Bauprojekt möglich. Man teilt die Auffassung der Geschäftsleitung, dass das Instrument der „Bemerkung“ wieder eingeführt werden soll. Mit einer Bemerkung, die von einer Mehrheit des Einwohnerrates unterstützt wird, können Vorgaben für den Baukredit abgegeben werden. Damit wird man dem Anliegen des Vorstosses gerecht. Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt daher den Vorstoss in Form des Postulates.

Gemäss Alexander Wili unterstützt die FDP den Vorstoss. Der Überweisung als Postulat wird einstimmig zugestimmt. Wenn es um die Motion geht, bestehen verschiedene Auffassungen der Fraktion. Den Vorstoss findet man auf jeden Fall richtig.

Martin Heini teilt mit, dass die SP-Fraktion gegen die Überweisung der Motion ist. Die Geschichte wird fortlaufend geschrieben, sogar die Geschichte der Politik. Das Geschick der Politik ist ein Entwicklungsprozess und keine plötzliche Erscheinungen. Wer die Geschichten von Badi, Brücke usw. zurückverfolgt, erkennt, dass es verschiedene Berichte gab: Projektierungskredite, Planungskredite, Projektberichte, Zwischenberichte, Bericht und Antrag. Jedes Mal waren Fachkommissionen und/oder gemeinderätliche Kommissionen, Fachgruppen und der Einwohnerrat involviert. Dies entspricht dem demokratischen Prozess mit Gewaltentrennung. Die Einwohnerräte sind Politiker, keine Experten. Der Einwohnerrat soll sich auf seine Rolle berufen und besinnen. Die Kommissionen spielen eine wichtige Rolle, notabene diejenigen involvierten Institutionen, welche die SVP abschaffen möchte. Da die Motionäre sich anscheinend zu spät um politische Geschäfte kümmern oder aber ihre Politik während des Prozesses ändern, ist dieser Vorstoss klar abzulehnen. Wenn Fussballfans mit dem Verlauf des Matches nicht einverstanden sind, können sie die FIFA-Regeln auch nicht abändern.

Nach der Meinung von Erich Tschümperlin tun sich Michael Günter und seine Mitunterzeichner schwer mit der Demokratie. Einmal mehr herrscht die Meinung, dass der Einwohnerrat alles bestimmen darf. Die Gewaltentrennung gilt auch auf Gemeindeebene und die Exekutive hat ihre Rechte und Pflichten, so wie sie der Einwohnerrat hat - und das ist gut so und hat sich bewährt. Beim Schwimmbad hätten keine Ehrenrunden verhindert werden können, weil es keine gab. Es gab Vorstösse parallel zum Geschäft, die keine Mehrheit gefunden haben. Bei der Hergiswaldbrücke wurde mit Unterstützung der SVP eine Analyse der Nutzer und einer evtl. Kostenbeteiligung verlangt. Genau dies wurde vom Gemeinderat gemacht und im Bericht aufgenommen. Jetzt zu monieren, es sei danach praktisch derselbe Bericht vorgelegt worden, ist wohl nicht nur für den Sprecher völlig unverständlich. Oder vielleicht erinnert sich Michael Günter einfach nicht mehr, dass dies genau der Auftrag der Mehrheit des Einwohnerrates war. Was hingegen tatsächlich Ehrenrunden sind, sind die unzähligen Vorstösse zu traktandierten Geschäften. Statt Anträge zu stellen, darf man immer wieder vor dem eigentlichen Geschäft einen Vorstoss dazu behandeln. Er erinnert dazu an die Budgetsitzung vom 24. Februar 2011, an der zehn Vorstösse zum Budget vorlagen, die Hälfte davon von der SVP. Ein einziger war übrigens von den Grünen und dieser wurde im Gegensatz zu anderen zurückgezogen. In dieser Legislatur ist noch etwas anderes salonfähig geworden, nämlich bei Projekten seine konkreten

Lösungen in den B+A einzubringen. Dabei wird verlangt, über eigene Lösungen abzustimmen ohne fundierte und professionelle Unterlagen wie Machbarkeit und Kosten. Die Einwohnerräte haben weder die Aufgabe, noch die Kompetenz, beispielsweise Brücken zu projektieren. Man kann Varianten verlangen, Kostendächer vorgeben, aber es kann keine Planung gemacht oder detaillierte Lösungen vorschlagen werden. Im Grunde ist es ganz einfach: der Gemeinderat schlägt Projekte vor, der Einwohnerrat kann Varianten verlangen oder rückweisen. Und da der Gemeinderat keinen Scherbenhaufen will, präsentiert er mehrheitsfähige Lösungen. Michael Günter sagt, dass es ihm um die Stärkung des Einwohnerrates geht. Dass dies aber eine Schwächung des Gemeinderats mit sich bringt, verschweigt er. Immer wieder wird gerade im Einwohnerrat ein starker Gemeinderat gefordert, der führt und Verantwortung übernimmt. Dieselben Leute versuchen immer seine Kompetenzen zu beschneiden. Wenn man einen Gemeinderat möchte, der innerhalb, aber gerade auch ausserhalb von Kriens ernst genommen wird, dann darf man nicht dauernd seine Kompetenzen stützen. Auch aus diesem Grund ist die Motion abzulehnen. Wenn Michael Günter wirklich Geld sparen will, dann zieht er seine Motion zurück. Eine Änderung der Gemeindeordnung und eine Volksabstimmung wegen dieses Vorstosses wären Geldverschwendung in Reinkultur. Die Grüne-Fraktion lehnt die Motion ab.

Michael Günter hält fest, dass eine Änderung der Gemeindeordnung aufgrund dieses Vorstosses nicht nötig ist. Man kann die Geschäftsordnung des Einwohnerrates ändern und dies kann hier beschlossen werden. Es wurden nun Äpfel mit Birnen vermischt. Der Einwohnerrat ist Besteller. Es ist nicht mehr als richtig, wenn dieser im Rahmen der Planung sagen kann, was er möchte. Der Einwohnerrat kann kein Kostendach setzen. Das ist das Problem des Ganzen und daher hat er den Vorstoss eingereicht. Es ist wichtig, dass dieser überwiesen wird.

Erich Tschümperlin weist darauf hin, dass es bei der Badi einen Vorstoss betreffend Kostendach gegeben hat, dieser aber nicht mehrheitsfähig war. Der Gemeinderat wird keine Lösungen präsentieren, bei denen er zum Voraus weiss, dass diese nicht mehrheitsfähig sind.

Abstimmung Überweisung als Motion

Mit 17:16 Stimmen wird der Überweisung als Motion zugestimmt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	nein

Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	ja

16. Motion Günter: Planungsbericht Entwicklung der Bildungskosten - kostenneutrale Umsetzung Integrierte Förderung Nr. 215/11

Gemäss Martin Heiz opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung

Michael Günter führt aus, dass in diesem Jahr die neue Pflegefinanzierung in Kraft getreten ist. Welche Auswirkungen diese auf das Budget hatte, ist allen bekannt. Es war nicht möglich, die Mehrkosten abzufedern. Mit der Integrierten Förderung steht der nächste grosse Brocken vor der Türe, der umgesetzt werden muss. Im Vergleich zur Pflegefinanzierung kann es hier nur eine Devise geben: Besser machen! Angesichts der gegenwärtigen Finanzsituation ist es nötig, dass sich der Einwohnerrat frühzeitig mit der Umsetzung der Integrierten Förderung auseinandersetzt. Würde man diese unvorbereitet einführen, ist mit Mehrkosten im Bildungsbereich von rund 5 bis 7 Millionen Franken zu rechnen. Angesichts der Tatsache, dass bei den gegenwärtigen Ausgaben in einer mühsamen Auslegeordnung jeder Rappen zweimal umgedreht werden muss, steht es schlichtweg quer in der Landschaft, wenn man für ein so umstrittenes Projekt wie die Integrierte Förderung 5 bis 7 Millionen ausgibt.

Die Integrierte Förderung trifft die Gemeinde in einem schwierigen Umfeld, gerade was die Bildungsfinanzen anbelangt. Trotz seit mehreren Jahren rückgängiger Schülerzahlen konnten die Kosten im Bildungsbereich nicht gesenkt werden. In der Ökonomie würde man in diesem Zusammenhang von Produktivitätsverlust sprechen. In den letzten Jahren waren im Bildungsbereich jeweils Budgetüberschreitungen in Millionenhöhe zu beobachten. Obwohl sich diese jeweils bereits im März abzeichneten, war es nicht möglich, dies bis Dezember zu korrigieren. In der Ökonomie würde man wohl von schlechtem oder fehlendem Kostenmanagement sprechen. In Bereichen wie Schulsozialarbeit oder DaZ sind die Kosten seit 2008 massiv gestiegen, um über 40 bzw. 20 %. Was der Kanton vorlebt, eine Koppelung der Bildungsausgaben an die Anzahl Schüler, ist in der Gemeinde Kriens bei weitem nicht realisiert. Insgesamt vermittelt die Gemeinde das Bild, die Kosten im Bildungsbereich nicht vollständig im Griff zu haben. Wenn man die Stellungnahme des Gemeinderates liest, fällt zudem auf, dass schon fast Gebetsmühlenartig davon gesprochen wird, dass die Kosten mit IF steigen werden. In der Stellungnahme ist aber keine einzige Massnahme aufgelistet, wie man einer Kostenexplosion begegnen könnte. Deshalb ist die Motion umso nötiger und es muss jetzt gehandelt werden. Der Gemeinderat soll in einem Bericht darlegen, welche Massnahmen im Hinblick auf die Implementierung der Integrierten Förderung getroffen werden können und sollen, damit diese kostenneutral oder möglichst kostenneutral eingeführt werden kann und es nicht zu einer Situation kommt, welche bei der Einführung der Pflegefinanzierung vorlag. Gerade was die Langfristplanung anbelangt, soll der Gemeinderat auch darlegen, wie und mit welchen Massnahmen er die Kostenentwicklung an die Schülerzahl koppeln will. Es ist aber nicht nur die aktuelle Finanzsituation, welche es gebietet, keine zusätzlichen finanziellen Mittel für die Integrierte Förderung auszugeben. Es ist

viel einfacher bei etwas Neuem von Anfang an auf zusätzliche Ausgaben zu verzichten, als erst nach einigen Jahren mit Sparmassnahmen anzufangen.

Die Integrierte Förderung gehört zu den bildungspolitisch und pädagogisch umstrittensten Schulreformen. Sowohl Eltern als auch Lehrpersonen und Sonderpädagogen haben grösste Fragezeichen gegenüber der mit der Integrierten Förderung bezweckten Gleichmacherei. Kinder sind nun einmal individuell und haben individuelle Bedürfnisse und diese Bedürfnisse kann man nicht mit einem Einheitsbrei befriedigen. In anderen Kantonen, welche mit der Integrierten Förderung weiter sind, zeigen sich bereits die Folgen. Die kritischen Stimmen haben Recht behalten. Eltern schicken ihre Kinder vermehrt in Privatschulen, die Kosten sind explodiert, das Ergebnis nicht besser geworden. Bereits muss mit neuen Projekten und Konzepten reagiert werden. Angesichts dessen ist Kriens gut beraten für dieses neue Projekt, welches zwangsweise eingeführt werden muss, nicht noch besondere finanzielle Mittel frei zu machen, sondern eine möglichst Effiziente und kostenneutrale Umsetzung nach pragmatischer Krienser Art und Weise vorzunehmen.

Der Sprecher bittet, der Motion zuzustimmen und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Man soll sich auf die zwangsweise Einführung der Integrierten Förderung gut vorbereiten, pragmatische und kostenneutrale Lösungen treffen und ein finanzielles Fiasko verhindern.

Gemäss Helene Meyer-Jenni ist es richtig, dass man vorausschauend planen soll. Der Gemeinderat macht das. Man ist nun an der Erarbeitung des Feinkonzeptes zur Einführung von IF. Dieses wird zuerst der Bildungskommission und anschliessend dem Gemeinderat vorgestellt. Dieser wird das Konzept beurteilen. Kriens ist eine der letzten Gemeinden, die IF einführt. Die Zahlen werden in den Voranschlag 2012 überführt und in die Finanzplanung aufgenommen. Auch der Zweijahres-Kindergarten wird dort aufgenommen. Den Vorwurf, dass man dies nicht in die Planung einbezieht, weist der Gemeinderat zurück. Die Koppelung an die Schülerzahlen ist unbestritten. Wie der Motionär auf Mehrkosten von Fr. 5 bis 7 Mio. kommt, ist ihr absolut schleierhaft. Bei den Budgetüberschreitungen im Bildungsbereich hat man genau aufgezeigt, wo die Probleme liegen. Unter dem Druck des Budgets wurden zu wenig Klassen budgetiert und es mussten in der Folge zusätzliche Abteilungen bewilligt werden. Bei den Stellvertretungskosten wusste man im Voraus, dass zu wenig budgetiert wurde. Diese beiden Positionen probierte man im 2011 zu korrigieren. Dies hat nichts damit zu tun, dass man nicht richtig plante. Individualismus und Heterogenität sind Auswirkungen der gesellschaftlichen Entwicklung. Man ist der Meinung, dass separierte Klassen nicht sinnvoll sind. Der Kanton Zürich überprüft zurzeit die Rahmenbedingungen von IF. Genau darum geht es beim Feinkonzept. Eine kostenneutrale Umsetzung ist nicht möglich. Eine Rahmenbedingung kann nicht erfüllt werden: die Klassenbestände. Die Kleinklassen müssen aufgehoben und gleichzeitig die Bestände der Regelklassen gesenkt werden. An der letzten Schulverwalter- und Schulverwalterinnenkonferenz erzählte Helene Meyer-Jenni über die Situation in Kriens betreffend IF. In Meggen hingegen würden alle auf Barrikade gehen, wenn IF abgeschafft würde. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass es wichtig ist, die Zahlen möglichst knapp zu halten. Die Rahmenbedingungen müssen aber einigermaßen stimmen, ansonsten ist IF tatsächlich unbefriedigend.

Gemäss Monika Marbacher anerkannte die Bildungskommission das Anliegen von Michael Günter, IF kostenneutral umzusetzen. Im Grobkonzept IF wurde aber bereits verdeutlicht, dass IF gemäss kantonalen Vorgaben nicht kostenneutral umgesetzt werden kann. Die Gründe sind, dass die Klassenbestände durch IF kleiner werden und die IF-Lektionen zusätzlich finanziert werden müssen. Ohne IF zu berücksichtigen, ist zudem zu beachten, dass die Bildungskosten durch Faktoren, wie zusätzliche Leistungen in den Bereichen Fächer und Angebote und auch durch die Entwicklung der Lohnkosten, insbesondere in den letzten Jahren gestiegen sind. DaZ und SSA sind keine Nebenangebote der Volksschule Kriens, sondern gesetzlich verankerte

Leistungen, die von der Volksschule erbracht werden müssen. Die Bildungskommission kann die Argumente des Gemeinderates unisono nachvollziehen. Ein Planungsbericht erachtet die Bildungskommission grossmehrheitlich als überflüssig, da ein Leistungsauftrag und eine politische Gesamtplanung bereits bestehen.

Monika Marbacher hält namens der CVP/JCVP-Fraktion fest, dass der Gemeinderat die Ablehnung der Motion empfiehlt. Die Fraktion kann die Argumente des Gemeinderates nachvollziehen und ist ebenfalls für Ablehnung der Motion. Dass IF nicht kostenneutral umgesetzt werden kann, ist aufgrund der kantonalen Vorgaben gegeben (Klassenbestände / IF-Lektionen). Der Kanton regelt IF über die Verordnung zu den Förderangeboten der Volksschule. Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Schulsozialarbeit (SSA) sind keine Nebenangebote der Volksschule, sondern gesetzlich verankerte Leistungen, die von der Volksschule erbracht werden müssen. Kriens ist die letzte Gemeinde im Kanton, die IF umsetzt. Wenn man meint, IF und auch die Kostenrealität zu IF noch einmal neu erfinden zu können, ist man auf dem Holzweg. Kein einziger Kanton ist daran, IF abzuschaffen. Die Kantone Zürich und Aargau sind daran, die Rahmenbedingungen zu IF anzupassen. Wie kommt wohl der Motionär auf diese Behauptung? Ein Planungsbericht erachtet die CVP/JCVP-Fraktion als überflüssig, da ein Leistungsauftrag und eine politische Gesamtplanung bereits bestehen.

Alex Hahn erwähnt, dass die FDP-Fraktion ebenfalls für eine Ablehnung der Motion ist. Luzern hat IF anerkannt. Dies ist gesetzlich verankert, insofern kann Kriens nicht ausscheren. Im kommenden Mai finden im Kantonsrat Verhandlungen statt. Dabei ist Kostenneutralität Vorgabe. Einen Planungsbericht hält die FDP für überflüssig.

Martin Heini führt aus, dass die Bildung das höchste Gut ist. In Kriens ist man jahrelang schon dran, die Volksschule mager zu halten. In der Schule hatten sie keine fetten Jahre, sonst wäre die IF (oder IS) längstens eingeführt. Über die Methoden, wie Bildung stattfindet und wie IF eingeführt wird, muss hier nicht diskutiert werden. IF ist gesetzt und wird innerhalb der Rahmenbedingungen des Kantons umgesetzt, jedoch viel zu spät. Es braucht keinen neuen Planungsbericht. Es ist ein „Reinschwatzen“ in die Arbeit der Exekutive, denn nicht der Einwohnerrat ist Besteller von IF, sondern der Kanton. Es wurden verschiedentlich die schulischen Nebenangebote Deutsch als Zweitsprache und Schulsozialarbeit erwähnt. Er nennt diese aber besser unterstützende Massnahmen zur Ermöglichung des Schulauftrages, gesteuert durch Problemfälle, Interventions-Erfordernisse. Die Schulsozialarbeit ist die „Feuerwehr der Schule“.

Das IF-Konzept beruht auf Erfahrungen. Einschränkungen aufgrund rein monetär bestimmter Kurzsichtigkeit sind unverantwortlich. Er beruft sich auf das Einverständnis in der Bildungskommission betreffend IF-Einführung und der Schulraumplanung. Der Gemeinderat soll nun nicht unnötig beschäftigt werden. Die SP-Fraktion ist einstimmig gegen die Überweisung der Motion.

Gemäss Mirjam Kalt hat man mit dieser Motion den Beweis für ihre Hypothese, dass es der SVP mit der Budgetkürzung und Steuersenkung vor allem darum geht, die Ausgaben für Bildung, Sozialarbeit wie auch für Integration zu vermindern. Die Grünen werden die demokratischen Vorgehensweisen und die professionellen Arbeiten nicht torpedieren. Der Kanton gibt vor, dass IF eingeführt werden muss. Die Bildungskommission setzt zusammen mit dem Gemeinderat das Konzept um und genehmigt mit dem Gemeinderat den Leistungsauftrag aufgrund des Volksschulbildungsgesetzes. Das Ausländergesetz sagt, dass Integration ein zweiseitiger Prozess ist und auch der Staat Investitionen tätigen muss, z.B. in Form von Deutsch als

Zweitsprache. Dies sind nur zwei Beispiele für ein Vorgehen, das auf Gesetzen und professioneller Arbeit beruht. Ob durch IF die Integration wirklich gefördert werden kann, beurteilen die Grünen als nicht eindeutig. Wie Michael Günter richtig sagt, sind sich selbst die Fachleute darüber nicht einig. Durch IF wird die Ausgrenzungsthematik nicht automatisch ausgeschaltet. Es braucht vielmehr eine Haltungsänderung auf gesellschaftlicher Ebene. Wenn man IF ablehnen möchte, dann darf man IF erst gar nicht umsetzen, dann kann man inhaltlich darüber diskutieren. IF aber kostenneutral umsetzen zu wollen, dies ist ein Desaster. Es braucht verschiedene Rahmenbedingungen für diese integrative Förderung; für die weniger gut schulisch bildungsfähigen Kinder eine intensive Förderung und eine ständige Begleitung einer heilpädagogischen Fachperson und für die besser schulisch bildungsfähigen Kinder braucht es als Konsequenz kleinere Klassenbestände und auch individuelle Begabtenförderungsprogramme. Und dies kostet. Eine Umsetzung braucht immer Geld. Eine Kostenneutralität würde auf Kosten der weniger wie auch der besser schulischbildungsfähigen Schülerinnen und Schüler geschehen. Dies wollen die Grünen nicht und sind entschieden gegen diese Motion. Man will auch keine Arbeitsstunden und somit Finanzen einsetzen für einen Bericht mit Zahlen und Fakten, die es, wie der Gemeinderat bereits dargelegt hat, bereits gibt.

Jennifer Maldonado ist erstaunt, dass immer wieder versucht wird, im Bildungsbereich zu sparen. Die Bildung ist die Zukunft eines Landes. Sie stimmt der Motion nicht zu.

Räto Camenisch stellt fest, dass gute Schulen immer mehr kosten werden. Wenn ein neuer Schritt gemacht wird, möchte man als politische Verantwortliche wissen, was dieser beinhaltet. Es geht darum, darzustellen, was IF überhaupt für Kriens bedeutet. Der Einwohnerrat hat die Aufgabe zu steuern. Im Bildungsbereich ist dies aber nur marginal möglich.

Beat Tanner bemerkt, dass man nicht nur auf die Finanzen achten kann. Die Frage ist, wie das IF-Konzept umgesetzt wird. Die Stadt Luzern versucht, IF kostenneutral umzusetzen. Er ist erstaunt, dass es kleinere Klassenbestände benötigt. In der Stadt Luzern sind es 19,7 bis 20 Schüler/Schülerinnen pro Klasse. Wenn mit der Einführung von IF 1 Mio. Franken mehr ausgegeben wird, macht man etwas falsch.

Helene Meyer-Jenni freut sich, dass die Stadt Luzern als Vergleichsmeinung miteinbezogen wird. Als die Stadt Luzern das letzte Sparpaket schnürte, wurden die Klassenbestände revidiert. Das Parlament wollte die Bestände nicht hinaufsetzen. Diese sind immer noch deutlich unter denen von Kriens. Es bestehen unterschiedliche Ausgangslagen in Kriens und der Stadt Luzern.

Judith Luthiger betont, dass die Rahmenbedingungen für die Lehrpersonen sehr wichtig sind. Sie unterrichtet selber eine Klasse mit 24 Lernenden. Es gibt nur eine Klasse im Schulhaus Feldmühle mit 19 Kinder. Bei schwierigen und verhaltensauffälligen Kinder braucht es genügend Gefässe und Heilpädagogen, welche die Lehrpersonen entlasten. Sie bittet, die Rahmenbedingungen seriös anzuschauen. Dabei geht es nicht um kostenneutral. In der Landschaft musste IF eingeführt werden, da ansonsten Klassen geschlossen werden mussten. In Kriens ist es schwierig, ein solches Konzept mit so vielen Schulkinder umzusetzen. Man möchte den Kindern aber gerecht werden und dies kann ohne gute Rahmenbedingungen nicht gelingen. Sie bittet, die Überweisung der Motion abzulehnen.

Abstimmung

Die Motion wird mit 23:10 Stimmen abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	nein

17. Postulat Tanner: Schulraumoptimierung Kriens Ost

Nr. 216/11

Gemäss Martin Heiz opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung

Beat Tanner zieht sein Postulat aus zwei Gründen zurück. Zum Einen hat der Gemeinderat in seiner Antwort versprochen, im Rahmen der Überprüfung die Konsequenzen einer Aufhebung des Schulhauses Brunnmatt bzw. die Berechnung der notwendigen Massnahmen und möglichen Erweiterungen der Schulanlagen Amlehn und Roggern zu ermitteln. Zum Anderen musste der Sprecher mit Ernüchterung feststellen, dass man nicht einmal bereit ist einer Überprüfung zuzustimmen, welche es zugelassen hätte, mit Fakten über eine solche Idee sprechen zu können. Das findet er sehr schade und es schränkt eine Entwicklung der Gemeinde Kriens ein.

Martin Heiz bittet jeweils im Voraus bekannt zu geben, wenn man einen Vorstoss zurückziehen möchte, da jeweils viel Arbeit dazu entsteht (Abstimmungsvorbereitung etc).

18. Motion Luthiger: Abschaffung der neuen Patientenbeteiligung in der Spitex Kriens

Nr. 218/11

Gemäss Martin Heiz opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung

Judith Luthiger hält fest, dass seit Januar 2011 stark pflegebedürftige Patientinnen und Patienten von der neuen Pflegefinanzierung profitieren, da die Gemeinde diese neu bezahlen muss. Das ist ein wichtiger Schritt, denn Pflegebedürftigkeit soll zukünftig nicht mehr zur Sozialabhängigkeit führen. Leider ist es noch nicht gelungen, die Spitex in die neue Pflegefinanzierung zu integrieren. Es ist nämlich gesetzlich möglich, dass die Gemeinden diese Kosten übernehmen. Nur die Kantone Luzern, Nidwalden, Obwalden und Schaffhausen überwälzen pro Tag und einmaligen Einsatz von Fr. 15.95 an ihre Klientinnen und Klienten. Die Klientinnen und Klienten der Spitex werden gleich zwei Mal belastet. Sie bezahlen pro Tag und Einsatz neu Fr. 15.95 und weil die Tarife ebenfalls erhöht wurden, bezahlen sie demzufolge auch höhere Kosten beim Selbstbehalt. So wird die Gemeinde Kriens bei Kurzeinsätzen massiv finanziell entlastet. Sie bezahlt fast nichts mehr an die ambulante Pflege. Da stellt sich die Frage: Werden so Steuersenkungen mit der Belastung von kranken Menschen kompensiert? Eine Erhöhung der Eigenbeteiligung in der ambulanten Krankenpflege ist aus volkswirtschaftlicher Sicht absolut unsinnig. Sie verteuert das Gesundheitswesen und läuft dem erklärten Ziel „ambulant vor stationär“ diametral entgegen.

Warum ist die Annahme der Motion wichtig? Es ist zu erwarten, dass Patientinnen und Patienten auf Leistungen verzichten, obwohl sie diese eigentlich benötigten. Die Spitex Kriens und Luzern haben dies bereits bestätigt. Dies hat zu Komplikationen und zu Wiedereintritten ins Spital geführt. Dort müssen, abgesehen von Selbstbehalt und Franchise, keine Pflegeleistungen bezahlt werden. Patienten drängen so auf frühzeitige Aufnahme in akut medizinische Institutionen. Auch die Situation der pflegenden Angehörigen wird sich verschärfen. Wird die Spitex reduziert, so werden Angehörige vielfach noch mehr Betreuungsaufgaben übernehmen und überfordern sich. Oftmals werden sie selber krank. Die Folge davon sind höhere Kosten im Gesundheitswesen. Wenn Angehörige die Pflege nicht mehr übernehmen können, führt dies unweigerlich zu früheren Heimeintritten. Pflegeplätze sind in Kriens nicht vorhanden und viele Patientinnen und Patienten müssen auswärts in anderen Heimen untergebracht werden. Der Anreiz, Menschen möglichst lange zu Hause zu pflegen, wird durch die neue Klientenbeteiligung stark gemindert. Alle wissen, dass ein Heimplatz um ein Vielfaches teurer ist als ambulante Pflege zu Hause. Die Spitex betreut zunehmend auch jüngere Klientinnen und Klienten, welche keine Ergänzungsleistungen oder Hilflosenentschädigung bekommen. Krankheit darf nicht zu Armut oder Sozialhilfeabhängigkeit führen. Das Argument, dass es viele reiche, ältere Menschen gibt, die diese neuen Kosten ohne Weiteres bezahlen können, stimmt nur bedingt. Auch diese Menschen verzichten lieber auf Leistungen und werden so früher ins Heim eintreten müssen. Der Sprecherin ist es völlig klar, dass in Kriens das Geld für diese Forderung nicht einfach auf der Strasse liegt, aber sie ist überzeugt, dass es sich langfristig rechnet. Das Ziel „ambulant vor stationär“ ist in jedem Fall richtig, finanzpolitisch angebracht und sozialpolitisch vorteilhaft. Deshalb bittet sie, ihrer Motion zuzustimmen.

Gemäss Lothar Sidler kann es Konsequenzen haben, wenn jemand Fr. 15.95 mehr bezahlen muss. Dieser Betrag muss pro Tag bezahlt werden und nicht pro Länge des Einsatzes. Die Gemeinde übernimmt die Restfinanzierungsbeiträge für ambulante Pflege. Es kann sein, dass dann mehr Leute ins Heim oder in den Spital müssen, da sie den Betrag nicht zahlen können. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es eine kantonale Lösung braucht. Alles andere führt dazu, dass Kriens Fr. 500'000.00 mehr bezahlen muss.

Für Räto Camenisch steht der Vorstoss quer in der Landschaft. Die Spitex ist wertvoll und unverzichtbar. Wie viel Spitex-Betreuung nötig ist, muss jede Person, zusammen mit dem Arzt, selber beurteilen. Wenn jemand Fr. 15.95 mehr bezahlen muss, glaubt er nicht, dass diese Person gerade ins Heim muss. Der Vorstoss ist eine Katastrophe.

Verena Wicki, namens der CVP/JCVP-Fraktion, hat grosses Verständnis für das Anliegen der Motion. Die Patientenbeteiligung ist eine ausserordentlich hohe Belastung für die Betroffenen. Zusätzlich zu den Mehrkosten, die durch Behinderung und Krankheit unweigerlich entstehen, kommt noch die neue Patientenbeteiligung von Fr. 15.95 pro Tag dazu. Das macht bei täglicher Pflege einen Betrag von Fr. 5'821.00 pro Jahr aus. Die Kosten fallen auch bei Kurzeinsätzen an, was problematisch ist. Pflegebedürftige und ihre Familien haben bei der Hochrechnung der Kosten grosse Augen gemacht. So wie alle der Fraktion, als man in der Begründung gelesen hat, dass die Motion Mehrkosten von Fr. 530'000.00 für die Gemeinde Kriens auslösen würde. Die Kosten sind hoch, für Private wie auch für die Gemeinde. Es ist nicht verwunderlich, dass die Spitex feststellen muss, dass Pflegebedürftige in Kriens aus finanziellen Gründen die professionellen Spitex-Leistungen einschränken. Die EL federn die Härten von denen ab, die über zu geringe Mittel verfügen. Doch darf die Pflegefinanzierung nicht zu einem Armutsthema werden. Pflegebedürftigkeit ist ein Ereignis im Leben, das viele treffen kann. Sie muss einen vergleichbaren Stellenwert haben wie die Schule oder die Feuerwehr. Oder kommen demnächst Schulgelder pro Kind und Tag von Fr. 15.95? Wie in der Motion ausgeführt, hat der Kanton den Gemeinden den Eigenbeitrag der Patienten überwältzt, obwohl die Schweizerische Konferenz der Gesundheitsdirektoren (GDK) explizit empfohlen hat, dies nicht zu tun. Gleichzeitig betont der Kanton, z.B. im Altersleitbild, die Umsetzung des Grundsatzes „Ambulant vor stationär“. Der Kanton hat hier nicht konsequent gehandelt. Der Kanton Luzern hat das sechste Mal in Folge ein positives Ergebnis von über Fr. 82 Mio. geschrieben. Das ist erfreulich. Unverständlich für die Betroffenen ist, dass sich der Kanton den Betrag von Fr. 6,8 Mio., welcher neu den Patienten überschrieben wird, nicht leisten kann. Auch Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zahlen übrigens Steuern. Vor einem Monat wurde das Budget der Gemeinde Kriens intensiv diskutiert. Es kann kein positiver Jahresabschluss 2010 vorgewiesen werden und voraussichtlich auch keinen für das Jahr 2011. Der Gemeinde fehlt das Geld. Sie leistet schon einen erheblichen Beitrag an die neue Pflegefinanzierung. Die Frage der Pflegefinanzierung kann nicht allein von der Gemeinde Kriens gelöst werden. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Kanton diese Frage nochmals überprüfen muss. Die Frage muss vom Kanton Luzern für alle Gemeinden und alle Pflegefälle gerechter und sozialverträglicher geregelt werden. Deshalb wird die CVP/JCVP-Fraktion die Motion grossmehrheitlich ablehnen.

Johanna Dalla Bona, namens der FDP-Fraktion, erachtet den Vorstoss als sympathisches Zeichen gegenüber älteren und pflegebedürftigen Personen, welche Spitexleistungen in Anspruch nehmen müssen und aufgrund des Pflegefinanzierungsgesetzes theoretisch umsetzbar ist. Die Gemeinde müsste die Patientenbeteiligung übernehmen. Praktisch ist er aber aufgrund der angespannten Finanzlage der Gemeinde Kriens kaum realistisch. Man rechnet mit Mehrbelastungen von über einer halben Million Franken. Es erstaunt schon, dass nach den intensiven Entlastungspakets- und Budgetdebatten ein Vorstoss dieser Form überhaupt eingereicht wird. Die FDP-Fraktion lehnt aber nicht nur aufgrund der Finanzlage der Gemeinde Kriens diesen Vorstoss ab, sondern sie ist der Ansicht, dass dieser Beitrag für die Betroffenen verantwortbar ist. Man darf nämlich nicht vergessen, dass einerseits Patientinnen und Patienten zwar für die Spitex-Leistungen eine Eigenleistung erbringen müssen, auf der anderen Seite sie aber von neuen Leistungen profitieren können. Neu wird ab diesem Jahr auch bei der Pflege zu Hause eine Hilflosenentschädigung leichten Grades ausgerichtet. Bei den Ergänzungsleistungen werden ab diesem Jahr die Vermögensfreibeträge um 50 Prozent erhöht, d.h. der Anspruch auf

Ergänzungsleistungen kommt früher zum Tragen. Wer also den Maximalbetrag nicht zahlen kann und Anspruch auf Ergänzungsleistungen hat, kann den Spitex-Selbstbehalt geltend machen werden. Erst danach kommt die Sozialhilfe zum Tragen. Nicht zuletzt ist die Patientenbeteiligung verantwortlich, wenn man den Bericht über die Armut im Kanton Luzern anschaut, welcher die Regierung kürzlich veröffentlicht hat. Ältere Menschen sind kaum von der Armut betroffen und das sind vor allem jene, die Spitex-Leistungen in Anspruch nehmen. Von der Armut betroffen sind vor allem junge Menschen. Im Sinne dieser Ausführungen lehnt die FDP-Fraktion diesen Vorstoss ab.

Gemäss Bruno Bienz unterstützen die Grünen diesen Vorstoss. Die Begründung des Gemeinderates überzeugt aber überhaupt nicht. Fakt ist, dass die Gemeinde Kriens heute und auch in Zukunft zu wenig Pflegebetten hat. Laut dem Projekt „Versorgungskonzept Gesundheit und Alter“ müssen pro Jahr 15 neue Pflegebetten geschaffen werden. Dies ist mit immensen Kosten verbunden. In der Projektgruppe wie auch in den Workshops ist fast allen klar geworden, dass andere Wege als das Bauen von Pflegeheimen eingeschlagen werden muss. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ ist ein Muss und der richtige Weg. Mit der Einführung der Patientenbeteiligung von 15.95 Franken pro Tag (Fr. 450 – 500 pro Monat) wird schon wieder rechts-umkehrt gemacht. Das ist kontraproduktiv und setzt ein ganz falsches Signal gegen die ambulante, häusliche Pflege. Der Kanton Luzern übernimmt auch hier wieder mal keine Verantwortung und schiebt das Problem den Gemeinden bzw. den Patienten weiter. Und dies, weil er die Steuern senken will. Das ist verantwortungslos und heuchlerisch. Denn irgend jemand muss die Zeche zahlen. Hier trifft es wieder die Kleinen und die Reichen profitieren. In seiner Begründung vergleicht der Gemeinderat die Belastung von Heimbewohnern und Pflegebedürftigen zu Hause. Dieser Vergleich ist völlig neben dem Geleise. Die Gemeinde muss allergrösstes Interesse haben, möglichst viele pflegebedürftige Menschen zu Hause pflegen zu lassen, da zu wenig Pflegebetten in den Heimen vorhanden sind und viele Pflegebedürftige WSH brauchen, da sie den Heimaufenthalt nicht mehr bezahlen können. Es entlastet zwar kurzfristig das Gemeindebudget, wird aber dazu führen, dass Pflegebedürftige die Unterstützung der Spitex weniger oder gar nicht beanspruchen und somit von der präventiven Wirkung nicht profitieren und so früher in das Heim eintreten müssen. Zudem sind meistens hinter den pflegebedürftigen Menschen zu Hause Angehörige, die enorm viel leisten und jetzt mit zusätzlichen Kosten bestraft werden. Die Betreuung von Pflegebedürftigen zu Hause verlangt von den Angehörigen einen grossen Einsatz und bedeutet eine hohe Präsenz, unter Umständen eine reduzierte Berufstätigkeit und kann zur Überforderung der Betreuenden führen. Wenn immer mehr Kosten anfallen, wird auch die Bereitschaft zur Übernahme dieser Verantwortung sinken. Das Argument, dass der Betroffene Ergänzungsleistungen beziehen kann, falls die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind, stimmt zwar. Für die Angehörigen bedeutet es aber weiteren Aufwand statt Entlastung. Die Grünen sind überzeugt, dass der Verzicht auf die Patientenbeteiligung bei ganzheitlicher Betrachtung die günstigere Lösung ist. Ein Pflegebett kostet die Gemeinde Fr. 300'000 bis 350'000. Das relativiert die Kosten der Übernahme der Patientenbeteiligung wieder und ist ein bisschen weiter gedacht als bis zum nächsten Budget.

Die Grünen bitten den Einwohnerrat, diese Motion trotz der hohen Kosten zu unterstützen. Es wäre wichtig, ein klares Zeichen für den Grundsatz „ambulant vor stationär“ zu setzen.

Abstimmung

Die Motion wird mit 21:11 Stimmen abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein

Bründler, Anton	nein
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Peter	nein
Schilling, Mauro	nein
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	nein

Martin Heiz teilt mit, dass die restlichen Traktanden auf die nächste Sitzung verschoben werden, da nun bereits 19:00 Uhr ist.

Patrick Koch hat vernommen, dass an der nächsten Sitzung eine grosse Auslegeordnung zum Budget durchgeführt wird. Er stellt daher den Antrag, die Traktandenliste abzarbeiten.

Erich Tschümperlin unterstützt den Antrag von Patrick Koch, da nur noch wenige Traktanden vorhanden sind.

Abstimmung Weiterführung der Sitzung

Mit 17:15 Stimmen wird die Sitzung weitergeführt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja

Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	nein
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Peter	nein
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	nein

Martin Heiz bittet, die Voten kurz zu halten, damit Sitzungsgeld gespart werden kann. Er bestätigt, dass das Sitzungsgeld bis zum Schluss der Sitzung ausbezahlt wird.

19. *Petition: Investitionsstopp und Einsparungen im Gemeindehaushalt*
Nr. 220/11

Dieses Traktandum wird abtraktandiert.

20. *Postulat Aakti: OpenOffice an Krienser Schulen*
Nr. 222/11

Gemäss Martin Heiz ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Er fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

21. *Postulat Koch: Tempo-30-Zonen-Moratorium für die Gemeinde Kriens*
Nr. 224/11

Gemäss Martin Heiz opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung.

Patrick Koch ist über die Opposition gegen das vorliegende Postulat überrascht. Hat doch der Gemeinderat gemäss einem Zeitungsartikel ausgesagt, dass in nächster Zeit keine neuen Tempo-30-Zonen mehr geplant seien. So kann man diesem Postulat doch zustimmen? Die Krienser Stimmberechtigten sagten an der Urne klar „Nein“ zur flächendeckenden Einführung von Tempo 30. Wenn das Volk „Nein“ sagt, soll man dies respektieren. Mit seiner Salamtaktik hat der Gemeinderat in der Zwischenzeit trotzdem diverse Tempo-30-Zonen geschaffen. Der Gemeinderat macht sich dabei die Sankt Florian-Politik zu Nutze. Jedermann will in seinem Wohn-

quartier Tempo-30, sonst soll aber überall 50 gelten. Der Gemeinderat wird selber nicht aktiv, um eine Tempo-30-Zone anzuordnen. Er nimmt aber jedes noch so kleine Begehren Einzelner zum Anlass, Tempo 30 einzuführen. In der Gemeinde Kriens besteht kein weiterer Bedarf an Tempo-30-Zonen. Im Bereich von Schulhäusern, z.B. Schlundstrasse und Südstrasse, sind Tempo-30-Zonen bereits eingeführt und wohl berechtigt. Fakt ist, dass Tempo-30-Zonen nicht überall eingeführt werden dürfen, auch wenn Behörden und Anwohner mit einer solchen einverstanden sind. Dies hält das Bundesgericht in einem Urteil fest. Massgebend ist der im Vorstoss detailliert beschriebene Art. 108 der Signalisationsverordnung. Bei der in der Vergangenheit eingeführten Tempo-30-Zonen sind diese vier Kriterien nicht immer erkennbar. Es sei z.B. die Hackenrainstrasse erwähnt. Ganz zu schweigen von der geplanten Tempo-30-Zone auf der Motelstrasse. Dies hat inzwischen auch die Grundeigentümerschaft Baumgartner erkannt. Werner Baumgartner schreibt in einem Mail an die SVP Kriens, dass es ihm inzwischen egal sei, ob mit Tempo 30 oder 50 auf dieser Strasse gefahren werde. Geschickt hat das BfU (Bundesamt für Unfallverhütung) nach dem erwähnten Bundesgerichtsurteil eine neue Broschüre herausgegeben und propagiert darin seither sein Modell 50/30. Tempo-30-Zonen-Turbos bedienen sich seither an den Empfehlungen dieser Beratungsstelle. Aber selbst in dieser Broschüre wird unterschieden zwischen verkehrsorientierten Strassen mit Tempo 50 und siedlungsorientierten Strassen mit Tempo 30. Nur in besonderen Fällen soll in Siedlungen auf 30 Stundenkilometer reduziert werden. Die Motelstrasse ist z.B. eine klar verkehrsorientierte Strasse und somit gilt Tempo 50. Kommt dazu, dass die BfU-Regeln zwar Richtlinien sein können, sicher aber keine rechtliche Relevanz haben. Tempo 30 ist kein Patenrezept für die Erhöhung der Verkehrssicherheit. Eine Strasse wird immer so befahren, wie sie der Automobilist wahrnimmt. Auf der Motelstrasse ist dies Tempo 50. Teure bauliche Massnahmen können keine Lösung sein. Ein Verbesserungspotenzial ortet er jedoch bei den Fussgängerstreifen. Die Zebrastreifen sind für die herannahenden Lenker oft schlecht erkennbar und ungenügend beleuchtet. Die Lösung heisst hier „passiv beleuchtete Fussgängerstreifen“. Die verhältnismässig günstigen, im Boden eingelassenen Markierungen werfen das Licht der Fahrzeugscheinwerfer zurück und machen den Fahrzeuglenker aufmerksam. Auch die Behauptung, eine tiefere Tempolimite verringere den Lärm, ist eine Fabel. Bauliche Massnahmen wie Schwellen sind direkte Lärmquellen. Es wird zudem in tieferen Gängen gefahren und ständig geschaltet, was den Geräuschpegel erhöht und mehr Abgase produziert. Weiter besteht bei den Verkehrsteilnehmern bezüglich Vortrittsregeln in einer Tempo-30-Zone eine grosse Unsicherheit. Gemäss Gesetz haben Fahrzeuge gegenüber Fussgängern Vortritt. Die Fussgänger dürfen jedoch die Strasse überall überqueren. Dies führt zwangsläufig zu Problemen. Weiter ist die Einführung einer Tempo-30-Zone mit grossen Auslagen verbunden (Erstellung Gutachten, bauliche Massnahmen, Expertenberichte, Baubewilligung der Bauverwaltung etc.). Dies sollte bei der angespannten Finanzlage der Gemeinde Kriens nicht ausgeblendet werden. Es ist zu hoffen, dass nach dem weitsichtigen Bundesgerichtsurteil die Zeit der schikanösen Blumentopf- und Schilderwaldslalomfahrten vorbei ist. Als begnadeter Velofahrer hat er auch allen Grund gegen Tempo-30-Zonen zu sein. Trotz fehlendem Tacho könnte er theoretisch gemäss SVG 32 Abs. 1 gebüsst werden. Dieser Artikel besagt, dass die Geschwindigkeit stets den Umständen anzupassen ist. Fertig also mit dem Überholen von Autofahrern in Tempo-30-Zonen. Er dankt für die Unterstützung und Überweisung dieses Postulates.

Matthias Senn sieht keinen Widerspruch zur Aussage des Gemeinderates, dass in nächster Zeit keine neuen Tempo-30-Zonen mehr geplant seien. Ausser dort, wo er durch den Einwohnerrat beauftragt wird, wie beispielsweise das Postulat betreffend Motelstrasse. Ein Moratorium bis ins Jahr 2013 sieht er nicht ein. Es ist sinnvoller, wenn ein Gesamtverkehrskonzept erstellt wird. Tempo-30-Zonen gibt es seit 15 – 20 Jahren. Diese sind bei der Bevölkerung weniger umstritten.

Gemäss Ursula Müller unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion das Moratorium nicht. Mit dem Moratorium wird der Handlungsspielraum der Gemeinde bei der Verkehrssicherheit stark eingeschränkt. Wenn beispielsweise ein Eigentümer auf einer Privatstrasse die Sicherheit mit einer Tempo-30-Zone erhöhen möchte, ist das in den nächsten 2 ½ Jahren nicht mehr möglich. Dazu muss berücksichtigt werden, dass in Kriens noch eine beachtliche Bautätigkeit herrscht und viel in Planung ist und sich die Quartiere verändern. Es gibt mehr Verkehr auf den Erschliessungsstrassen und die Verkehrssituation in den Quartieren ändert sich. Damit müssen die Bewohner der Quartiere zurechtkommen. Gerade die unterzeichnete Partei setzt sich für ein Wachstum, für neue Wohnungen und mehr Wohnraum in Kriens ein, damit gute Steuerzahler angelockt werden können. Damit qualitativ hochstehender Wohnraum entstehen kann, sind nicht nur schöne Bauten an guter Lage wichtig. Viele weitere Kriterien machen eine gute Wohnqualität aus und sind ebenso von Bedeutung. Neben der Lärm- und Luftemissionen ist gerade für Familien die Verkehrssicherheit von grosser Bedeutung. Die CVP/JCVP-Fraktion vertritt die Meinung, dass Verkehrsmassnahmen nur getätigt werden sollen, wo dies die Situation erfordert und die Sicherheit zum Schutz der Strassenbenutzer mit anderen Massnahmen nicht zu erreichen ist. In diesem Zusammenhang unterstützt man das Vorhaben des Gemeinderates, ein Gesamtverkehrskonzept zu erarbeiten, das die Grundlage für eine Neubearbeitung des Verkehrsrichtplans bildet.

Beatrice Kiener führt aus, dass die FDP-Fraktion für die Überweisung des Postulates ist. Wer wünscht es sich nicht: eine gemütliche Autofahrt, ohne Stress, mit der Möglichkeit, rechts und links zu gucken und auch ein paar Eindrücke aus der Landschaft mitzunehmen. Für einen Sonntagsausflug eine wirklich wunderbare Vorstellung. Doch im Berufsverkehr oder auf der Fahrt zu einem dienstlichen Termin hat man diese Zeit nicht. Die Umerziehung von Autofahrenden ist zudem nicht die Aufgabe von Politiker, auch wenn man das gerne tun möchte. Der Bürger hat einen Anspruch auf Freiheit und muss Einschränkungen nur dulden, wenn er mit seinem eigenen Handeln andere gefährdet oder verletzt. Daher ist Tempo 30 vor Schulen oder in Wohngebieten völlig legitim und macht Sinn. Aber Tempo 30 für ein bisschen bessere Luft, ein bisschen mehr Ruhe, ein bisschen mehr (vermeintliche) Sicherheit jenseits von Schulen und Kindergärten ist alles andere als verhältnismässig. Die Einführung der Tempo-30-Zonen dient vornehmlich nur einem Zweck: dem Autofahrer die Fortbewegung zu erschweren. Auch wenn es kein Politiker zugeben würde, Tempo-30-Zonen eignen sich gut als Einnahmequelle. Bei vorgeschriebenen 30 km/h ist die Trefferquote für das teure, aber selten schöne Foto aus dem Radarkasten ziemlich hoch. Man will dem Autofahrer durch solche Geschwindigkeitskontrollen nicht noch mehr Geld aus der Tasche ziehen. Schutz für Strassenbenutzer, Verbesserung des Verkehrsablaufes, Verminderung von übermässigen Umweltbelastungen sind selbstverständlich auch Anliegen der FDP. Deshalb ist man nicht grundsätzlich gegen Tempo-30-Zonen. Ein grosses Problem in den Tempo-30-Zonen stellt die Signalisierung dar. Im Bereich von Kreuzungen und Abzweigungen führen die Bodensignalisierungen oft zu Verwirrung. Mehr als nicht wird einem der Rechtsvortritt verwehrt und oft kommt es zu gefährlichen Situationen. Noch schlimmer ist das Fehlen von Fussgängerstreifen. Wie will man einem Kleinkind beibringen, das gelehrt wurde, immer den Fussgängerstreifen zu benutzen, dass es jetzt aber einfach auf die Fahrbahn treten darf, obschon dort kein Fussgängerstreifen ist? Kinder verstehen dies nicht. Es entsteht eine erhebliche Gefahrenquelle. Wenn man als Autofahrer in der Tempo-30-Zone von Velo- oder Flyerfahrenden überholt wird, ist dies gefährlich und sicher nicht im Sinne des Gesetzgebers. Zudem gibt es ganz klar Strassenzüge, welche sich aufgrund ihrer Bauweise (Breite etc.) nicht als Tempo-30-Zonen eignen. Da bringt es auch nichts, wenn man den Strassenverlauf mit Plastikkandelabern und Inseln verändert. Mit solchen Aktionen verärgert man nur den autofahrenden Bürger. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass man in Kriens genug Tempo-30-Zonen hat. Es dürfen zum jetzigen Zeitpunkt keine neuen mehr dazu kommen. Im

Gegenteil, man sollte sich bei gewissen Strassen eher den Rückbau in Tempo-50-Zonen überlegen. Die FDP-Fraktion dankt dem Postulant für den Vorstoss und unterstützt diesen einstimmig.

Martin Heini macht darauf aufmerksam, dass man heute Nachmittag über mehr Sicherheit bei der Überquerung der Strasse bei der Johanneskirche diskutierte. Würde man dort mit Tempo 30 fahren, könnte man mit geringerem Aufwand mehr Sicherheit erreichen, ohne bauliche Massnahmen zu ergreifen. Der SVP geht es wieder einmal mehr gegen die schwächeren und schwächsten Verkehrsteilnehmenden auf den Quartierstrassen. Im Postulat steht kein Wort über den Sinn und Zweck der Tempo-30-Zonen, wie beispielsweise Sicherheit der verschiedenen Strassenbenutzer, mehr Ruhe für Anwohner, geordneter Quartierverkehr. Liest man das Postulat, kommt es einem vor wie eine Lektion Rechtslehre für Unwissende über die SSV (Strassensignalisationsverordnung). Gerichtet ist diese Belehrung an den Gemeinderat. Im Postulat liest man kein Wort über das Entstehen der Tempo-30-Zonen. Ist es nicht so, dass der Anstoss in der Regel aus der Bevölkerung im Quartier kommt? Zu schneller Verkehr, zu lauter Lärm, zu viel fremder oder Durchgangsverkehr. Es ist ein Bedürfnis der betroffenen Anwohner, dem Abhilfe zu verschaffen. Da ist etwas verkehrt, denn die SVP richtet sich gegen demokratische Forderungen von direkt betroffenen Quartierbewohnern. Möchte man nicht die Quartiere schützen, Quartierstrukturen fördern, ihnen ihre Identität und Wohnqualität lassen statt sie zu bevormunden, sie als anonyme Aussenquartiere einer Grossstadt, als Stauraum für den Zentrumsverkehr verslumen zu lassen? Die SP-Fraktion erkennt keine Motivation für ein solches Moratorium und ist einstimmig und entschieden gegen eine Überweisung des Vorstosses.

Maurus Frey erinnert an die Einwohnerratssitzung vom 27. Januar 2011, an welcher die Gegner der Tempo-30-Zone in der Motelstrasse mit 16 Ja- zu 13 Nein-Stimmen verloren haben. Das entsprechende Postulat von Ursula Müller wurde überwiesen. Bereits im Anschluss an diese Abstimmung hat Patrick Koch angekündigt, dass sowohl politisch, als auch rechtlich weiter gegen diesen Entscheid vorgegangen wird. Man geht davon aus, dass dieses Postulat das angekündigte Gewitter ist. Ist die SVP so ein schlechter Verlierer? Möchte man eine Überprüfung von Tempo-30 Einführung auf der Motelstrasse mit einem Moratorium verhindern? Die SVP hat sich in der Ausarbeitung dieses Vorstoss mit den neusten gesetzlichen Bestimmungen zu Tempo-30-Zonen vertraut gemacht. Dieses Wissen soll bei der nächsten konkreten Diskussion um Einführung von Tempo-30 genutzt werden. So kann man sich konstruktiv in den Entscheidungsprozess einbringen. Das erspart solche Gesamt-Blockaden, die den differenzierten Fokus auf einzelne, wirkliche Probleme völlig vernebeln. Die Grüne-Fraktion ist einstimmig für die Ablehnung des Vorstosses.

Für Alfons Graf sind Tempo-30-Zonen eine neuzeitliche Modeerscheinung und nicht nur umstritten, sondern auch fragwürdig. Sie sind höchstens in der Nähe von Schulhäuser sinnvoll. In Kriens gibt es jetzt schon mehr als genug von diesen unsinnigen Temporeduktionen. Tempo-30-Zonen sind eine reine Schikane gegenüber dem Autofahrer. Unter dem Deckmantel Sicherheit verbirgt sich eine Bevormundung und zuletzt auch eine Abzockerei des Autofahrers. Für sehr viel Geld wurden in früheren Jahren Strassen gebaut und diese werden jetzt mit den Steuergeldern kastriert. Die linken Parteien wollen dem Individualverkehr an den Kragen und möchten das Autofahren und damit die verbundene Freiheit am liebsten verbieten. Aber man weiss ja, dass diese Gruppierungen bekanntlich in einer Traumwelt leben und das Rad in die Steinzeit zurückdrehen möchten. Nur wird ihnen das nicht gelingen.

Gemäss Erich Tschümperlin hat man früher Tempo-30-Zonen bekämpft. Heute sieht man ein, dass es diese in der Nähe der Schulhäuser braucht und in ein paar Jahren sieht man auch ein, dass es diese nicht nur bei Schulhäuser braucht. Den Grünen geht es um die Sicherheit.

Abstimmung

Mit 13:12 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	Enthaltung
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Heini, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Luthiger, Judith	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	ja

22. Postulat Lammer: Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Strassen- und Verkehrsplanung ***Nr. 226/11***

Gemäss Martin Heiz opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung.

Beat Tanner beantragt dieses Traktandum abzutraktandieren, da Thomas Lammer nicht mehr anwesend ist.

Johanna Dalla Bona ist der Meinung, dass man diesem Antrag aufgrund der Fairness zustimmen sollte.

Abstimmung

Mit 19:3 Stimmen wird das Traktandum abtraktandiert.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	n.t.
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	nein
Heini, Martin	nein
Kalt, Mirjam	Enthaltung
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	ja
Luthiger, Judith	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

Schluss

Martin Heiz informiert, dass die nächste Sitzung am 26. Mai 2011 stattfindet. Von 08.00 bis 12.00 Uhr findet eine ordentliche Sitzung im Pilatussaal statt, von 14.00 bis 18.00 Uhr wird eine Arbeitssitzung in einer anderen Lokalität durchgeführt.

Allen Kantonsrat-Kandidatinnen und –Kandidaten wünscht er viel Erfolg für die bevorstehenden Wahlen.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Alpenrose.

Schluss der Sitzung: 19.25 Uhr

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



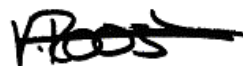
Martin Heiz

Der Gemeindeschreiber:

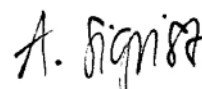


Guido Solari

Die Protokollführerinnen:



Yvonne Rösli



Andrea Sigrist